

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.00 Mtl. monatl. 1.10 Mtl.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berufungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 4. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Przemysl den Russen entrissen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. Juni 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Um den von den Engländern besetzten stark ausgebauten Ort Hooge etwa drei Kilometer östlich von Ypern entwickelte sich ein Kampf, der einen günstigen Verlauf für uns nimmt. Wir sahen uns gezwungen, den Turm der Martinskirche in Ypern, auf dem feindliche Artilleriebeobachtungsstellen erkannt waren, gestern zu beseitigen.

Im Priesterwald sind die Kämpfe noch nicht abgeschlossen.

In den Vogesen bewarfen unsere Flieger den Etappenort und Bahnknotenpunkt Remiremont und feindliche Truppenlager bei Hohneck mit Bomben. Kleinere örtliche Gefechte entstanden heute nacht in der Gegend des Hochtales bei Megeral.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Festung Przemysl ist heute früh, nachdem in den Nachtstunden die sich noch haltenden Werke der Nordfront gestürmt waren, von uns genommen. Die Beute ist noch nicht zu übersehen. Gegenangriffe der Russen gegen die Angriffskolonnen und unsere Stellungen östlich von Jaroslau scheiterten vollständig.

Die Armee des Generals von Einsingen dringt in Richtung auf Zhdaczow nordöstlich von Strzy vor und kämpft um den Dnjestr-Abschnitt westlich Mikolajow. Die Beute der Schlacht bei Strzy ist auf 60 Offiziere, 12 175 Mann Gefangene, 14 Geschütze, 35 Maschinengewehre gestiegen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 3. Juni 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Deutsche Truppen erfuhrten nachts die letzten russischen Stellungen der Nordfront von Przemysl und drangen heute um drei Uhr dreißig Minuten vormittags von Norden her in die Stadt ein. Von Westen und Süden ist unser zehntes Korps eingedrungen. Seine ersten Abteilungen erreichten bald nach sechs Uhr vormittags den Hauptplatz der Stadt. Die Tragweite dieses Erfolges läßt sich noch nicht überblicken.

Der Angriff der verbündeten Truppen im Nordlich Strzy schreitet weiter erfolgreich fort. Bisheriges Ergebnis der Schlacht bei Strzy: 60 Offiziere, 12 175 Mann gefangen, 14 Geschütze, 35 Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Italiener sehen die erfolglose Beschießung unserer Befestigungen an mehreren Punkten der Tiroler und Kärntner Grenze fort. Wo feindliche Abteilungen ins Feuer kamen, flüchteten sie, so ein italienisches Infanterieregiment auf dem Plateau von Folgaria, mehrere Kompagnien bei Misurina und die von einer Offizierspatrouille von uns in Gradisca überfallene Kavallerie und Bersagliere-Abteilungen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Zur Wiedereroberung von Przemysl.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die frohe Kunde von der Wiedereroberung

Przemysls wird in ganz Deutschland mit Jubel begrüßt. Der bewunderungswürdigen Tapferkeit der verbündeten Truppen unter hervorragender Führung ist es gelungen, die Feste in raschen, wuchtigen Schlägen zu bezwingen. Als eine kriegerische Ruhmesstat ersten Ranges wird die Einnahme von Przemysl in der Geschichte fortleben. Hier haben in Wahrheit hohe Führergaben und Scharfbesinnlichkeit der Truppen zusammengewirkt, um eine solche Leistung zu vollbringen. Die Waffen waren es, die den Sieg erkochten, nicht der Hunger, dem die brave österreichisch-ungarische Besatzung erlag, nachdem sie dem Feinde mit äußerster Hingebung getrotzt hatte. Damals wurde in den gegnerischen Ländern viel Körn um die „Eroberung“ der Festung gemacht. Sie wurde als Feldtat ohne gleichen gefeiert. Das frei gewordene Belagerungsheer sollte — so wurde verkündet — die Karpathenlinie durchbrechen und den russischen Heereshaufen den Weg nach Budapest, Wien und Berlin frei machen. Und nun? Der größte Teil jener russischen Truppen ist am Karpathenwall hingenopfert worden. Ungarn ist gänzlich, Galizien in weiter Ausdehnung vom Feinde gesäubert und schon befindet sich der Hauptstützpunkt der Russen in der Hand der Verbündeten. Abermals hat das einträchtige Zusammenwirken der deutschen mit den österreichischen und ungarischen Truppen eine ernste Probe glänzend bestanden und der Bundestreue der beiden Kaiserreiche ein neues herrliches Denkmal gesetzt.

Hervorragende Beteiligung bayerischer Truppen bei der Erstürmung Przemysls.

München, 3. Juni. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des Generalobersten v. Madenjan an Seine Majestät den König von Bayern ist Przemysl unter hervorragender Beteiligung bayerischer Truppen von den Verbündeten genommen worden.

Zwischenakte.

Von Richard Gädke.

Die Entwicklung der Kriegshandlung hat in der vergangenen Woche bis zum Ende des Mai auf keinem der vielen Kriegsschauplätze Fortschritte gemacht. Natürlich haben an den verschiedensten Stellen Kämpfe stattgefunden, an denen teilweise große Truppenmassen beteiligt waren und die blutige Opfer forderten. Aber Ergebnisse, die die Lage entscheidend beeinflussen könnten, sind von keinem der Gegner erzielt worden. Die materielle und moralische Widerstandskraft der gewaltigen Volksheere unserer Tage macht geduldiges Ausdauern mehr wie früher zu einer Notwendigkeit. Alle Kriege der letzten zwanzig Jahre haben lange gedauert und den Burenkrieg ausgenommen, nicht zu einem völligen Niedergängen des Gegners geführt. Und selbst in diesem hat weniger die Ungunst der militärischen Lage als die Sorge um die Zukunft der Rasse zur Aufgabe des Widerstandes bewogen.

Die Beteiligung Italiens an dem Weltkriege eröffnet zweifelsohne schicksalsschwere Aussichten; aber bisher ist noch nichts geschehen, was irgendwelche Schlüsse in die Zukunft gestattet. Selbst die Frage, ob Italien den Krieg offenst oder defensiv beginnen will, ist zur Stunde noch nicht zu beantworten. Man sollte allerdings meinen, daß die einzige Großmacht, die den bedenkenfreien Mut gehabt hat, den Haub fremden, von fremder Rasse bewohnten Landes nicht etwa als Kriegsziel, sondern als letzten und einzigen Beweggrund zum Kriege offen einzugehen, den Kampf nun auch mit dem Versuch beginnen möchte, das gewünschte Gebiet tatsächlich zu besetzen. Aber die Schwierigkeiten eines Vordringens über die durch Natur und Kunst geschützte Grenze sind sehr groß; die bisherige Tätigkeit der italienischen Alpentruppen, die im günstigsten Fall einige Kilometer über die Grenze marschiert sind, bis ihnen die österreichischen Sperrbefestigungen Halt geboten, bedeutet mehr eine Verschleierung des eigenen Aufmarsches als schon den Beginn eines großzügigen Angriffes. Auf der anderen Seite ist ebenfalls nicht zu erkennen, ob unsere Bundesgenossen die Behauptung der bedrohten Grenzländer durch ein im wesentlichen verteidigungsweises Verhalten ihrer Truppen suchen werden, das gelegentliche Vorstöße gegen den anmarschierenden Gegner nicht ausschließt, oder ob sie die geographisch günstige Lage des weit nach Italien vorspringenden Südtirol zum Einbruch in die Lombardei auszunutzen werden. Die Entscheidung hierüber wird schließlich von den gegenseitigen Anstrengungen abhängen, über die uns andern erst die Ereignisse selbst Aufklärung bringen werden. Vielleicht nicht ohne Absicht ist in den letzten Tagen der Post veröffentlicht worden, den der österreichische Oberfeldherr, Erzherzog Friedrich, der 108. Landsturm-Infanterie-Truppen-Division für ihr tapferes Verhalten in den Mattkämpfen von Galizien gezollt hat. Ich lege kein besonderes Gewicht auf die hohe Nummer; in jedem Fall aber liegt in dem Auftreten von Landsturmverbänden in der Feldschlacht der Beweis, daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung, die den Krieg zunächst und monatelang mit den 49 Friedensdivisionen ihres Heeres führen mußte, inzwischen beträchtliche und kampftüchtige Reformationen aufgestellt hat. Sie braucht also den Krieg gegen Italien nicht in der Rolle des zitternden Greises aufzunehmen, der sich vor Räuberbanden ängstlich in sein festes Haus verschießt. Dem Erzherzog Eugen sind weiterhin die Generale Dank und Mohn „beigegeben“ worden. Ersterer hat bisher die 1. Armee in Südpolen nicht ohne Erfolg und Anerkennung befehligt. Wir dürfen hiernach die Frage stellen, ob man das gegen Italien bestimmte Heer vielleicht in zwei Armeegruppen gliedern wird. Die geographischen Verhältnisse, die das Kriegsgebiet in zwei Fronten, die Tiroler und die kärntnerischen scheiden, würden eine solche Teilung nicht unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Auf dem galizischen Kriegsschauplatz wird gegenwärtig die Entscheidungsschlacht gegen die weitaus stärksten der russischen Heeresgruppen geschlagen. Sie ist bisher noch nicht beendet. Man darf hierbei nicht vergessen, daß die siegreichen Marschschlachten bei Gorlice und Tarnow und die glänzende Verfolgung bis zum San, trotz ihrer großen Ereignisse immerhin nur zwei einzelne Armeen, aber nicht die Gesamtheit der in Galizien stehenden Streitermassen des Gegners betroffen haben. Dazu kommt, daß das große Reich immer und immer wieder neue Truppen und neue Erzhaimannschaften in den Schlund des Kampfes werfen kann, sie mögen nun so untüchtig und so schlecht bewaffnet und selbst so unglücklich wie nur möglich sein. Es ist die Rasse selbst, die in sich furchtbare Widerstandskräfte bietet, dem jedenfalls, der nicht in der gleichen struppelosen Weise seine Verluste ausgleichen vermag. Hebrigens sind unter den neu einrückenden russischen Verstärkungen zweifellos auch Kerntruppen, wie die festgestellten Nummern der Divisionen und noch mehr ihre kräftiger Angriffsgestalt beweist. So wird denn jetzt am San von beiden Seiten fast mehr als einer Woche erbittert gefochten, von den einen, um den Sieg zu vollenden, von den andern, um dem Vormarsch des Gegners ein Halt zu gebieten und von Galizien zu retten, was noch zu retten ist. Den letzteren ist es immerhin gelungen, sich östlich des San und sogar noch südlich des Dnjestr von neuem zu setzen, während ihr rechter Flügel um

Sienawa im Angriff einen keinen Erfolg haben konnte; es gelang ihm hier, die verbündeten Truppen über den Fluß zurückzutreiben, vier Geschütze zu erobern. Der West der Festung Przemysl gibt ihrer Mitte einen starken Rückhalt und bindet stärkere Kräfte der Verbündeten; ob die Russen versuchen werden, den Platz dauernd zu behaupten, wird, wie ich schon früher bemerkte, von der Sicherstellung seiner Verpflegung abhängen. Der Fall der Festung aber wird durch die schweren Geschütze der Oesterreicher und Deutschen erfolgen, sobald sie und ihr Schießbedarf in genügender Menge heran sein werden.

Die Russen haben ein Pfäferschen für ihre Eigenliebe, oder besser, eine Verabredung für ihr Volk und für ihre Verbündeten in dem Umstande gesucht, daß nur die massenhafte Verwendung eben jener schweren Geschütze die Widerstandskraft ihres Fuhrparks so schnell gebrochen habe. Sie haben sogar ganz genau berechnet, daß wir gegen zwei russische Korps 1500 Geschütze in Tätigkeit gesetzt hätten — was wahrscheinlich um das Dreifache aufgeschwemmt ist —, daß wir 700 000 Geschütze verfeuert und für jeden feindlichen Schützen in der Front etwa 80 Zentner Eisen verbrannt hätten.

Alle großen Feldherren seit Friedrich dem Großen und Napoleon haben gewußt, daß die Waffenverwendung wirkungsvoller Artillerie eines der wichtigsten Hülfsmittel zum Siege ist, ebenso wie die überraschende Heranführung überlegener Truppenmassen gegen verhältnismäßig schwache Punkte der feindlichen Schlachtlinie. Daß in den ersten Monaten der verbündeten Oesterreicher und die stets schwierige Sicherstellung der erforderlichen Munition gegliedert ist, darin besteht ihr Verdienst; der Vortour für die russische Oesterreicher aber darin, daß sie sich hat überraschen lassen. Gegen die modernen Kampfmethoden, gegen Schützengräben, Drahtverbau und Maschinengewehr ohne ausgiebige Vorbereitung durch schweres und schweres Geschütz anzutreten, das die feine unter tapferen Fuhrwerk rucklos und zwecklos worden. Daß aber in dem Gewittersturm von Blei und Eisen, wenn alle Mächte der Hölle losgelassen scheinen, noch lange kein Alibi des Sieges liegt, das haben die Franzosen zu ihrem Schmerze in dem gleichen Monat des Jahres 1915 zwischen La Bassée und Arras erfahren müssen.

Sie haben hier nach langen Vorbereitungen die vierfache Ueberlegenheit gegen unsere Verteidigungslinien herangeführt, wie sie selbst zugestehen; sie haben wohl nur wenig Feldgeschütze, dafür aber eine schwere Menge größter Geschütze bis zu 385 Zentimeter hinauf eingesetzt, haben stundenlang und tagelang unsere Schützengräben beschoßen und nahezu eingeebnet, die Drahtverhaue zerstört — und was ist nun nach wochenlangen Kämpfen das Schlussergebnis? Die Eroberung von ein paar Dörfern, von einigen Kilometern Schützengräben, die Zurückdrängung unserer vordersten vortopfernden Verteidigungslinie um das Höchste von 25 Kilometern! Im übrigen aber steht die deutsche Front zwischen Lille und Arras unerschütterlich da, während alle weiteren erbitterten und mit starken Massen versuchten Stürme der Franzosen unter schweren Verlusten gescheitert sind. Und doch waren sie am 9. Mai mit dem bestimmten Auftrage in den Kampf gegangen, die Deutschen in jenem Raume vom französischen Boden zu vertreiben. Das Loß der Schlachten muß doch wohl noch an anderen Dingen hängen als an der materiellen Wirkung großer Geschütze. Die überlegene Tüchtigkeit des deutschen Volkes ist es, die sich ebenso in dem blutigen Blüffenspiel der Schlacht wie in dem fruchtbareren Wettbewerb schöpferischer Friedensarbeit zur siegreichen Geltung bringt.

Das Ergebnis der zähen Kämpfe um Arras ist somit das gleiche wie es in der Champagne und zwischen Maas und Mosel war: die Kriegslage im Westen ist völlig unverändert geblieben, die schweren und schwer erschießlichen Opfer des französisch-englischen Heeres sind umsonst gebracht worden. Nicht einmal, daß diese Angriffe uns verhindert hätten, dorthin Verstärkungen zu senden, wo wir die Entscheidung durch den Angriff herbeiführen wollten!

In Polen nördlich und östlich der Weichsel sowie in Litauen nördlich des Njemen sind keine wesentlichen Ereignisse zu verzeichnen; im letzten Gebiet hin- und herwandelnde Kämpfe um den Besitz des Dubissa-Abchnittes. Immerhin haben sie ansehend nicht unbedeutliche Kräfte des Gegners von galizischen Schauplatz nach Norden abgezogen. Dafür hat dieser die Truppen verbraucht, die um Odesa versammelt waren, angeblich mit der Absicht, eine Landung an der thracischen Nordküste bei Midia zu versuchen. Ein Versuch, der vielleicht nicht allzu ernst gemeint war, immerhin aber in unerwünschter Weise die Sorge der türkischen Heeresleitung zwischen den Dardanellen und dem Bosphorus teilte. Denn ein entscheidender Sieg ist auch auf der Halbinsel Gallipoli noch nicht erzielt. Die verbündeten Anglofranzosen haben zwar auch in der vergangenen Woche nicht die geringsten Fortschritte machen können, ja an ihrem nördlichsten Landungspunkt, bei Ari Burnu, ist ihre Mitte noch näher an das Meer zurückgeworfen worden; immerhin halten sie sich noch an dem feindlichen Gestade. Ob der Verlust von drei Panzerschiffen durch unsere deutschen Unterseeboote — ein Triumph unseres Schiffsbaues wie unserer Seeoffiziere — die Lage der Landungstruppen schließlich unhaltbar machen wird, muß abgewartet werden. Man hat angenommen, daß die Italiener 150 000 Mann an die Dardanellen werfen würden; inzwischen aber hat Italien der Türkei noch gar nicht den Krieg erklärt und steht den türkischen Gesandten noch immer innerhalb der Mauern Roms. Das ist freilich nur eine Unbequemlichkeit, aber für Salanda und Sonnino kein ernstlicher Hinderungsgrund, falls sie sich an dem Dardanellen-Abenteuer beteiligen wollten. Hindernis könnte aber die Erwägung, daß das Erscheinen der Italiener in der Nähe von Konstantinopel auf Griechen und Bulgaren mehr abschreckend als anfeuernd wirken möchte.

Auf allen anderen Kriegsschauplätzen, gegen Serbien, im Kaukasus, im unteren Mesopotamien ist der Krieg so ziemlich eingeschlagen. Wir hören ab und zu von kleinen Grenzgefechten ohne beträchtliche Bedeutung.

Rachirag.

Die beiden besagten gewonnenen Siege östlich Jaroslau und bei Strzy, sowie die Erstürmung der Festung Przemysl — auch diese ein Erfolg unserer schweren Artillerie und der überlegenen Kampftüchtigkeit unserer Truppen — scheinen nunmehr den Anfang einer großen Entscheidung in Galizien zu bedeuten. Die Nachrichten von dem Beginn einer Räumung Lembergs gewinnen dadurch an Wahrscheinlichkeit.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 3. Juni. (W. T. B.) Militärischer Bericht von gestern Abend: In Belgien eroberten englische Truppen im Bajonettangriff das Schloß Hooge bei Zonnebeker. Südöstlich Rewille — St. Vaast unternahm die Deutschen Gegenangriffe im Lohrwinth. Wir warfen sie zurück und erzielten sodann neue Fortschritte, wobei wir Gefangene machten.

Es ist interessant, zu bemerken, daß zwischen dem 9. Mai und dem 1. Juni die französische Division, die Carancy, Ablain, St. Nazaire, die Mühl von Malon und

die Zuckersabrik Souchez eingenommen hat, 8100 Gefangene, darunter 61 Offiziere, machte und 2600 deutsche Leichname beerdigte. Diese Division verlor an Verletzten, Toten und Vermissten 3200 Mann, von denen zwei Drittel Leichtverletzte sind.

In der Champagne versuchten die Deutschen einen Nachtangriff bei Beau-Sejour, sie wurden sofort in ihre Schützengräben zurückgeworfen.

An den Rändern des Priesterwaldes wiesen wir zwei heftige feindliche Angriffe ab.

Die „Times“ über den Ernst der Lage.

London, 3. Juni. (W. T. B.) „Times“ melden aus New York: „Evening Post“ veröffentlicht an hervorragender Stelle die Eindrücke eines sehr bekannten Geschäftsmannes, der mehrere Wochen nahe der Front verweilt. Er sagt, Deutschland habe genug Lebensmittel, um den Krieg durchzuhalten. Die deutsche Armee wird auf 7 000 000 geschätzt, während 3 000 000 sich in Ausbildung befinden. Die Klasse 1915 sei noch nicht aufgerufen. Kupfer sei reichlich vorhanden. Das gesamte Land sei landwirtschaftlich bestellt. Die Landwirte erhielten Arbeiter aus den Gefangenenlagern. Ueber England sagt der Geschäftsmann: Ich erhielt allgemein den Eindruck, daß die Nation als ganze den Ernst der Lage nicht erkenne.

London, 3. Juni. (W. T. B.) „Times“ vom 1. d. Mts. schreiben in einem Leitartikel: Wir möchten vorschlagen, daß, wenn der Luftraid sich wiederholt, was sicher bald geschehen wird, die Zahl der Todesfälle so bald als möglich veröffentlicht wird. Viele wilde Gerüchte liefen gestern im ganzen Lande um. Das Problem mit Londons Ruhe bei dem Angriff macht auf uns keinen großen Eindruck, denn die große Masse der Bevölkerung erfuhr erst durch die Morgenblätter von dem Angriff. Auch der Spott, daß die Luftschiffe nur wenig Schaden anrichteten, macht keinen Eindruck auf uns, denn es ist klar, daß die Besuche der deutschen Luftschiffe bisher wesentlich den Charakter von Versuchen hatten. Der Deutsche ist ein sehr seriöser und beharrlicher Mensch. Es wäre für die Nation als Ganzes gut, wenn wir ihn ernst nähmen.

General French und die Kanadier.

New York (über Kopenhagen), 2. Juni. (T. N.) Einen Glückwunsch zu der Haltung der kanadischen Truppen auf dem skandinavischen Kriegsschauplatz hat General French, nach einer Meldung aus Toronto, an den Premierminister von Kanada, R. Borden, gerichtet. Der englische Oberkommandierende drückt darin seine Anerkennung über den Heldennut der in den vordersten Reihen kämpfenden Kanadier aus, und hofft, daß ihr tapferes Verhalten zu einem glücklichen Ausgang des Krieges beitragen werde. Auf dem Schlachtfeld werde ein unlösbares Band zwischen dem Mutterlande und Kanada geschmiedet. Premierminister Borden erklärte in seiner Antwort, daß sich die Einheit und die Größe des britischen Weltreiches nie deutlicher gezeigt habe, als in diesen Zeiten.

Eine gemeinsame Truppenbesichtigung von Joffre und French.

Stockholm, 2. Juni. (T. N.) Eine gemeinsame Truppenbesichtigung haben die Generale Joffre und French, nach einer Meldung aus Gagne, an der Front abgehalten. Sie besichtigten eine englische Division, die an den Kämpfen bei Festubert teilgenommen hatte. Bei der Besichtigung von Auszeichnungen an Offiziere und Mannschaften äußerten sich beide lobend über die tapfere Haltung der Truppen und sprachen die Hoffnung aus, daß die Angehörigen der Division in ihrer Mehrzahl den Krieg siegreich überleben mögen.

Englands Verluste und Reserven.

Die gesamten englischen Verluste im Mai betragen nach einer Meldung aus dem Haag 3600 Offiziere und 26 306 Mann. Im März waren es 1081 Offiziere und 18 794 Mann; im April 639 Offiziere und 19 169 Mann. Hierzu kommen noch die Flottenverluste mit 234 Offizieren und 3260 Mann, so daß sich die gesamten englischen Verluste in den letzten drei Monaten auf 5354 Offiziere und 67 568 Mannschaften belaufen.

Nach einer Bekanntmachung des englischen Kriegsministeriums beträgt die Zahl der dienstfähigen Leute zwischen 18 und 40 Jahren in Großbritannien 8 053 709. Davon seien zwei Millionen mit Anfertigung von Munition beschäftigt.

Die „Times“ melden aus Sidney, daß nach offizieller Mitteilung seit Kriegsbeginn 83 000 Australier für den aktiven Dienst ausgebildet worden seien.

Londoner Nachrichten bestätigen das Gerücht von der baldigen Ernennung Kitcheners zum Generalissimo in Flandern.

Aus den Papieren eines englischen Obersten.

Berlin, 3. Juni. (W. T. B.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: In einem interessanten Zusammenhang mit den kürzlich veröffentlichten erlogenen Behauptungen eines englischen „Augenzeugen“, wonach deutsche Artillerie auf eigene Infanterie geschossen habe, stellt folgender Befehl einer englischen Division, der unter den Papieren des Kommandeurs der 3. kanadischen Infanteriebrigade, Oberst Turner, gefunden wurde:

„4. Division. Es ist zur Kenntnis des Divisionskommandeurs gekommen, daß sich während der letzten Kämpfe einige Leute der Division dem Feinde ergeben haben, und weiter, daß diese Handlung von Offizieren und Mannschaften anderer Einheiten bemerkt wurde, die in einigen Fällen nicht einschritten. Der Divisionskommandeur befehligt die Aufmerksamkeit aller Offiziere und Mannschaften auf diese Tatsache zu lenken und allen Graden einzuprägen, daß es ihre erste und dringendste Pflicht ist, jeden Mann zu erschließen, der sich zu ergeben versucht, wer es auch sei. Wenn die Abteilung groß genug ist, um Erfolg zu verzeichnen, muß sofort das Artilleriefeuere in die Gegend gelenkt werden.“

Taylor, Oberleutnant, Adj., 4. Div.

Das genügt für unbefangene Beurteiler.

Ein französischer Protest gegen angeblich völkerrechtswidrige deutsche Kriegsführung.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Genf telegraphiert wird, hat der französische Minister des Aeußern im Auftrag seiner Regierung eine Denkschrift an die fremden Staaten gerichtet, in der gegen die Anwendung brennender Flüssigkeiten durch die Deutschen protestiert und die Anwendung gleicher Mittel durch französische Truppen angekündigt wird. Es heißt in der Denkschrift:

„Die französischen Militärbehörden stellen das verwerfliche Verfahren fest, welches deutsche Truppen in den Kämpfen mit den Armeen der französischen Regierung in Wis-

achtung aller von der Deutschen Regierung gegenüber den anderen Mächten eingegangenen Verpflichtungen sowie des Völkerrechts anwandten.“ Als Beweis der aufgestellten Behauptungen gibt Delcassé ein Dokument des Generalstabs der zweiten deutschen Armee, Note 32, datiert St. Quentin, 16. Oktober 1914, welches bei den Bionieren den Gebrauch brennender Flüssigkeit anordnet. „Um die Sicherheit der Truppen nicht zu gefährden und sich gegen ähnliche Raffiniertheiten zu verteidigen“, heißt es schließlich, „greift die Regierung der Republik unter dem Zwange der militärischen Notwendigkeit zu den Mitteln, welche ihr angebracht erscheinen, um die deutschen Soldaten und Militärbehörden zu verhindern, ihre Verbrechen und Morde zu begehen.“

Westlicher Kriegsschauplatz. Die russische Generalstabsmeldung.

Petersburg, 3. Juni. (W. T. B.) Der große Generalstab gibt bekannt: Am 31. Mai wiesen wir mehrere feindliche Angriffe mit Erfolg zurück und bemächtigten uns einer Schanze in der Gegend von Szawle, östlich des Dorfes Trudlang. In der Front am linken Ufer des Narew bis zur Weichsel machte der Feind am 1. Juni mit wenig bedeutenden Kräften mehrere Angriffe, die wir mit Erfolg abwiesen. In Galizien entwickelte sich vom 31. Mai an auf der Front zwischen Weichsel und Przemysl nach einander von neuem ein erbitterter Kampf. Unsere Truppen erzielten ziemlich bedeutende Erfolge auf dem linken Ufer des unteren San, indem sie sich mehrerer Dörfer bemächtigten, von denen einige mit dem Bajonett erobert wurden. Auf dem rechten Sanufer errangen wir Erfolge in der Gegend des Dorfes Kalerkuna, wo unsere Truppen bei der Wegnahme eines Stützpunktes südlich dieses Dorfes 22 Offiziere und 1300 Mann gefangen nahmen und acht Maschinengewehre erbeuteten. Przemysl wurde von Geschützen schweren Kalibers bombardiert, und der Feind richtete seinen Hauptangriff gegen die Nordfront in der Gegend der Forts Nr. 10 und 11, welche die Oesterreicher vor der Uebergabe der Festung fast völlig zerstört hatten. Als wir diese Angriffe zurückwiesen, gelang es dem Feinde, sich mehrerer unserer Geschütze zu bemächtigen, die fast aus unmittelbarer Nähe bis zu den letzten Geschossen auf die feindlichen Kolonnen feuerten. Nach ergänzenden Nachrichten machten wir beim Fort Nr. 7 noch zweihundert Gefangene und erbeuteten acht Maschinengewehre. Zwischen Przemysl, dem großen Narew und dem Dnjepr keine Veränderung. Zwischen Lysmanika und Strzy gelang es dem Feinde, der dort eine bedeutende Menge schwere Artillerie zusammengezogen und Verstärkungen herangeführt hatte, durch erbitterte von großen Kräften ausgeführte Angriffe im Laufe der Nacht und am Morgen des 1. Juni einige Erfolge zu erringen. Der Kampf wird fortgesetzt. Auf dem rechten Ufer der Bysiriza bemächtigten wir uns eines Teiles der feindlichen Stellung und machten 150 Gefangene.

Die Kämpfe bei Radymno.

Berlin, 3. Juni. (W. T. B.) Aus dem Großen Hauptquartier erfahren wir über „Die Kämpfe bei Radymno“:

Die Korps des Generalsobersten Mackenien fanden am 23. Mai abends in einem großen nach Osten gerichteten Bogen beiderseits des San. Am rechten Flügel beobachteten bayerische Truppen die Nordwestfront der Festung Przemysl. Im Anschluß an die Bohren fanden deutsche Truppen zusammen mit österreichisch-ungarischen südlich des San vor dem stark besetzten Brückenkopf von Radymno. Weiter nördlich schloßen andere Truppen der Armee an. Der Brückenkopf von Radymno bestand in einer dreifachen Linie von Feldbesetzungen, einmal aus einer mit Draht versehenen Hauptstellung, die sich auf den dem Dorfe Ostrow weislich vorgelagerten Höhen hinzog und durch die San-Niederung hindurch zu diesem Flusse führte, dann aus einer wohl ausgebauten Zwischenstellung, die mitten durch das langgestreckte Dorf Ostrow hindurchgelegt war, und endlich aus dem sogenannten Brückenkopf von Bogrodin, der zum Schutze der östlich Radymno über den Fluß führenden Straßen und Eisenbahnlinien angelegt war. Die Neger hatten alle diese Stellungen photographiert, die Photogrammetrie die erhaltenen Aufnahmen ausgewertet und auf die Karte übertragen. Es galt zunächst, die feindliche Hauptstellung sturmreif zu machen. Hierzu begann die Artillerie am Nachmittag des 23. Mai ihr Feuer, das am Morgen des nächsten Tages fortgesetzt wurde. Von den Höhen bei Jaroslau aus sah man das im Nebel liegende Santal und daraus aufsteigend die Ruppelstämme von Radymno nebst den Ortschaften Ostrow, Bielzin, Wlodow usw. Das Feuer der Artillerie war ausdauernd geübt. Die schweren Geschütze durchsuchten heulend die Luft, entjachten im Aufschlag richtige Brände und hoben gewaltige Erdtrichter auf. Die russische Artillerie antwortete. Um 6 Uhr morgens erhoben sich die langen Infanterielinien aus ihren Sturmstellungen und schritten zum Angriffe. Neger meldeten, daß hinter den feindlichen Stellungen weidendes Vieh und viele Bagagen zu beobachten seien. Der Feind schien an einen ernsthaften Angriff nicht zu denken. Das Petrograder Bulletin hatte ja auch festgestellt, daß die Kämpfe in Galizien an Festigkeit nachgelassen hätten und daß die Verbündeten fast allenthalben zur Defensiv übergegangen seien. Um 6 Uhr 30 Minuten morgens war die feindliche Hauptstellung ihrer ganzen Ausdehnung nach in der Hand der deutschen Truppen. Erschüttert durch das schwere Artilleriefeuer hatte der Feind nur kurzen Widerstand geleistet; er war in eiligen Rückzuge nach Osten. Aber gerade dorthin und nach Radymno hinein, von woher die feindlichen Verstärkungen zu erwarten waren, hatte inzwischen die Artillerie ihr Feuer verlegt. Gewaltige Rauchwolken füllten diese von der Artillerie in Brand geschossenen Ortschaften ein. Die Russen kamen auf diese Weise nicht dazu, sich in Ostrow zu setzen. Die Befabung dieses Dorfes kapitulierte. Hunderte von Gewehren und große Mengen Munition zurücklassend. Auf der ganzen Linie war jetzt die deutsche Infanterie im Vorrücken auf Radymno und die südlich an diesen Orten anschließenden Dörfer Stoloszan und Jamojsce. Mit jedem Schritt vorwärts mehrte sich die Zahl der Gefangenen. Eine Division meldete sehr bald dem Generalkommando, daß sie nicht genug Mannschaften habe, um die große Masse der Gefangenen ohne Beeinträchtigung der Geschicklichkeit abzutransportieren. Das Generalkommando stellte nunmehr die Kavallerie zu diesem Zwecke zur Verfügung. Bei Radymno war der Feind ins Gedränge geraten. Bereitwillig hatte er die hölzernen Straßenbrücke über den San abgebrannt. Mit dem Scherenfeuertoch konnte man vom Gefechtsstandpunkt aus die lodernde Flamme und die durch aufgeschossenes Rappha dunkelgefärbten Rauchwolken beobachten. Auch sah man lange, ostwärts fliehende Kolonnen, die in regellosen Haufen die Straße nach Duntowice bedeckten. Da die in Radymno versammelt gewesenen russischen Rekruten nur kurzen Widerstand leisteten, so ging auch diese Ortschaft und die gesamte Artillerie verloren, die sich durch die Ortschaft zum San retten wollte. Erst im Brückenkopf von Bogrodin brachten die russischen Führer durch Einsatz frischer, schnelligt herangezogener Reserven den Angriff der Deutschen zum Stehen. An diesem Tage konnte eine Siegesbeute von 70 Offizieren, 9000 Gefangenen, 42 Maschinengewehre, 52 Geschütze, darunter 10 schweren, 14 Munitionswagen und zahlreichen anderen Kriegsmaterial gemeldet werden. Aber auch auf dem Nordufer des San hatte sich eine große Schlacht entwickelt.

Der Seekrieg.

Die Antwort der amerikanischen Regierung.

London, 3. Juni. (L. U.) Reuter meldet aus Washington: Nach der Konferenz, die Wilson mit dem Kabinett gehabt hat, wurde bekanntgegeben, daß mit der Fertigstellung einer zweiten Note an Deutschland bereits begonnen wurde. Die Note an Mexiko sei bereits vollständig fertiggestellt und werde wahrscheinlich heute zur Publikation gelangen. Nach einer Meldung der „Times“ werde in Washington das Resultat der Konferenz zwischen Wilson und Bernstorff mit großer Spannung erwartet.

Der „Voss. Ztg.“ wird aus Amsterdam vom 3. Juni gemeldet:

„Telegraaf“ meldet aus Washington: Nach zweitägiger Beratung zwischen Präsident Wilson und dem Kabinett wurde bekanntgemacht, daß eine zweite Note an Deutschland abgefaßt werden soll. Man nimmt an, daß Wilson durch einmütige Auffassung der amerikanischen Presse, die Deutschlands Antwort voller Ausflüchte findet, stark beeinflusst ist. Man glaubt daher, daß die zweite amerikanische Note kurz und bündig ausfallen und die höfliche, aber bestimmte Anfrage enthalten wird: ob Deutschlands letzte Note den Sinn habe, daß es die Grundregeln des internationalen Rechtes zu mißachten beabsichtige. Unter den Mitgliedern des Kabinetts herrscht die Meinung vor, daß Deutschland sich durch sein Vorgehen über die Grenzen des internationalen Rechtes und der Menschlichkeit hinwegsetzt, und daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen werden.

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt dazu:

„Eine amtliche Kundgebung über den Inhalt der amerikanischen Note liegt zur Stunde noch nicht vor. In wesentlichen Zügen lassen sich aber aus dem drahtlich übermittelten Wille drei Punkte herausheben, die den Kern der am heutigen Tage festgestellten Note bilden dürften. In erster Linie dürfte bemängelt werden, daß sich die deutsche Note, die ja nur als Zwischennote gedacht war, über die Entschädigungsfrage ausgeprochen hat. Die Hauptfrage nach der Munitionsladung der „Lusitania“, die den amerikanischen Gesetzen widerspricht, dürfte dahin beantwortet werden, daß ein vergleichsweise kleineres Quantum von Munition auch nach amerikanischem Gesetze zulässig ist. Es käme daher auf die Feststellung an, innerhalb welcher Grenzen die Quantität der Munition auf der „Lusitania“ nachweisbar wäre. In letzter Linie aber dürfte sich die Note darauf konzentrieren, daß aus der deutschen Antwort nicht erichtlich sei, in welcher Form man künftig der Torpedierung von Passagierdampfern mittels der U-Boote vorzubeugen gedenke. Die amerikanische Regierung wird an der Aufrechterhaltung der Grenzen der Kriegführung außerhalb der Grenzen völkerrechtlicher Gepflogenheit stehen, und daher die deutsche Regierung auffordern, Mittel und Wege anzugeben, wie sie sich künftig in ihrem Seekrieg auf den Boden des Völkerrechts zu stellen gedenke. Es scheint nach allem, daß der Ton der Note ernster und nachdrücklicher sein wird als der der vorangegangenen. Doch wäre es verfrüht, schon jetzt weitergehende Folgerungen in bezug auf den möglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu ziehen.“

Der italienische Krieg.

Die amtliche italienische Meldung.

Rom, 3. Juni. (B. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Das Hauptquartier meldet vom 2. Juni: Von der Grenze von Tirol und des Trentino sind keine einigermassen bedeutenden Kämpfe zu melden. Unsere Truppen sind im Giudicariatal vorgerückt und haben Storo besetzt, indem sie über Condino vorstießen und ihre Vereinigung mit starken Apinobteilungen vollzogen, die aus den steilen Tälern des Cassaro und Canonica nach dem Chiese herabgestiegen waren. An der kärntner Grenze stürten wir am 31. Mai durch wirksamen Feuer und großer Entfernung am Ende des Raccolanoles einen Versuch des Feindes, jenseits der Grenze am Nordhange des Predil eine Brücke über den Sturzbach zu errichten. Die Artillerie des Feindes antwortete ergebnislos. Erkundigungen jenseits des Endes des Doganales führten zur Erbeutung von feindlichem Material. Das schlechte Wetter dauerte den ganzen Tag an und verhinderte größere Operationen. An der Grenze von Triaul auf dem linken Tizsonufer etwa zehn Kilometer nordwestlich des Ganges von Tolmino ist Montenero fest in unserem Besitz. Am Nachmittag des 31. Mai versuchte der Feind durch heftige Gegenangriffe uns aus den besetzten Ortshäusern zu vertreiben; er wurde aber überall zurückgeworfen.

Neue Untersuchung der italienischen Militäruntauglichen.

Bern, 3. Juni. (B. L. V.) Laut einer Meldung des „Bund“ aus Lugano werden die italienischen Militäruntauglichen sich demnächst einer neuen Untersuchung unterziehen müssen. Diese wird hauptsächlich von den sozialistischen Blättern verlangt, welche damit der großen Zahl von Untauglichen unter der Aristokratie ein Ende machen wollen.

Italienische Note an die Pforte.

Genf, 3. Juni. (L. U.) Die Angelegenheiten einer italienischen Aktion gegen die Türkei beginnen sich bemerkbar zu machen. Die italienische Regierung hat durch den türkischen Votschafter in Rom, Nahi Bey, eine Beschwerde an die Pforte gerichtet, in der sie über die Untätigkeit türkischer Emirs in Tripolis und der Chrenaisa Klage führt, und auf die fortwährenden Beziehungen zwischen Enver Pascha und dem Großsultan der Schweiz hinweist. Die Pforte hat in ihrer Antwortnote lebhaftest Verwahrung gegen den Verdacht eines illoyalen Verhaltens erhoben und Beziehungen des türkischen Kriegeministers mit dem Haupt der Schweiz entschieden in Abrede gestellt. In russischen diplomatischen Kreisen erblickt man hierin den ersten Schritt eines Vorgehens der italienischen Regierung gegen die Türkei.

Der türkische Krieg.

Von der russischen Kaukasusarmee.

Petersburg, 2. Juni. (B. L. V.) Der Stab der Kaukasusarmee teilt mit: In der Küstengegend hat unsere Artillerie

türkische Verschanzungen erfolgreich beschossen und ihre Unterstände zerstört. In der Gegend von Ban setzen wir unsere Verfolgung der zurückgehenden Türken fort. In den anderen Abschnitten der Front keine Veränderung.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ über Hollands Interessen.

Rotterdam, 2. Juni. (B. L. V.) In einem „Was nicht verschwiegen werden darf“ überschriebenen Leitartikel wendet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sich gegen die in Holland so häufige einseitige und abfällige Beurteilung des deutschen Volkes, vor allem gegen die „heiligen“ Proteste gegen Kriegsgewalt und Mangel an Humanität, wie sie manche Blätter, namentlich der „Telegraaf“, liebten. Das Blatt nennt diese Proteste geradezu verbrecherisch. Man müsse auch die guten Seiten des deutschen Volkes anerkennen. Ob Deutschland in diesem Kriege Gewinne oder Verluste, jedenfalls werde nachher die Gefahr einer friedlichen Durchdringung Hollands durch wirtschaftliche deutsche Einflüsse größer werden als bisher. Es wäre deshalb verkehrt, die Deutschen zu mißachten und sich dabei die Engländer zum Vorbild zu nehmen. Man müsse vor allem die starken Eigenschaften der Deutschen sehen und daran denken, daß die Deutschen nach dem Kriege arbeiten werden. Für die Holländer besteht die Gefahr, nicht mitzukommen, wenn sie sich zu sehr abschließen. Durch eine Vogel-Sträub-Politik sei noch kein Land glücklich geworden. Die deutsche Gefahr liege nicht in den weniger guten Eigenschaften des deutschen Volkes, sondern in demjenigen, welche es zu seiner gewaltigen Kraftanstrengung instandsetzte. Das Blatt schließt: Halten wir gleichzeitig unser Pulver trocken, um, wenn es sein muß, unsere nationalen Interessen mit Waffengewalt gegen jedermann zu verteidigen, dann besteht die meiste Aussicht, daß Holland nicht im Kriege untergeht, sondern auch nachher mit Ehren genannt werden kann.

Britische Finanzen und Italiens Beitritt zur Entente.

In diesem Thema führt „Morning Post“ vom 28. Mai im Handelsteil aus: Während die Vorkriegszeit, wie England, im allgemeinen die größte Befriedigung über den italienischen Eintritt in das Bündnis bezeugten, ist es gut, daran zu denken, daß mit jeder Vergrößerung des Kampfgebietes die Kapitalzerstörung schneller voranschreitet. Wahr ist es, daß eine Ausdehnung des Krieges nicht notwendigerweise eine Kriegsverlängerung bedeutet, sondern möglicherweise eine Abkürzung, so daß die gesamte Kapitalzerstörung kleiner sein mag, als wenn das Gebiet in den ursprünglichen Grenzen geblieben wäre. Für den Augenblick aber ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die finanzielle Verantwortlichkeit Englands in Verbindung mit dem Kriege wahrscheinlich durch den Eintritt Italiens größer geworden ist.

London, 3. Juni. (B. L. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Amtlich wird berichtet, daß der Schatzkanzler mit dem Direktor der Bank von England und dem Finanzsekretär des Schatzamts in dieser Woche eine Unterredung mit dem italienischen Finanzminister hatten, um die finanziellen Fragen, die sich aus Italiens Teilnahme am Kriege ergeben haben, zu erörtern.

Verurteilung belgischer Frauen.

Brüssel, 2. Juni. Die Frau des belgischen Justizministers Carton de Wiart ist vom Gouvernementsgericht in Brüssel zu drei Monaten und vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden wegen fortgesetzter Briefbeförderung unter Umgehung der deutschen Post und der deutschen Zensur, wegen Verbreitung verbotener Schriften und wegen Unterschlagung und Vernichtung eines Briefes an die deutsche Verwaltung, der wesentlich in ihren Briefkasten geworfen worden war. Sie war in vollem Umfange geständig. Sie ist zur Verbüßung ihrer Strafe der Kommandantur in Berlin als Zivilgefangene zugeführt worden.

Die 16jährige Gräfin Helene de Jonghe d'Arden wurde vom hiesigen Gouvernementsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie auf dem Boulevard einen deutschen Offizier in der größten Weise beleidigt hatte. Die Gefängnisstrafe war gerechtfertigt wegen der gemeinen Ausdrücke, deren sie sich bediente, und die einen auffallenden Mangel an Erziehung und Takt bekundeten. Die Großmutter der Gräfin mußte, da sie sich an den Beleidigungen beteiligt hatte, ebenfalls mit Gefängnis bestraft werden.

Den belgischen Frauen werden diese Verurteilungen hoffentlich zur Warnung dienen. (B. L. V.)

Salandras Antwort.

Nach der Agenzia Stefani sagte Ministerpräsident Salandra in seiner Rede auf dem Kapitol unter anderem: Ich kam die in den kaiserlich-königlichen oder erzhertzoglichen Manifesten niedergelegten Beleidigungen nicht ignorieren, da ich vom Kapitol aus spreche und da ich in dieser feierlichen Stunde Volk und Regierung Italiens vertritt. Als einfacher Bürger habe ich das Gefühl, viel edler zu sein als das Oberhaupt des Hauses Habsburg-Lothringen, und jene mittelmäßigen Staatsmänner, die in allzu lächelmäßigem und getuschelt in allen ihren Voraussetzungen im letzten Juli ganz Europa in Brand gesteckt haben und ihren eigenen Verd zu dem ihres neuen und riesigen Fehlers nicht bewußt werden, brauchen sie in den Parlamenten von Budapest und Berlin rohe Worte gegen Italien und seine Führer zu dem offenbaren Zweck, die Verzeihung ihrer Mißbürger zu erlangen, indem sie sie mit grausamen Diffusionen des Hasses und des Blutes erfüllen.

Der deutsche Reichskanzler hat gesagt, er sei nicht von Gaf, sondern von Jom erfüllt, wie man dies bei einem Jornaubruach tut. (Heiterkeit.) Selbst wenn ich wollte, könnte ich ihre Sprache nicht nachahmen, da wir ihnen um zwanzig Jahrhunderte voraus sind. (Sehr gut.) Der Hauptgedanke der Staatsmänner der Zentralmächte ist enthalten in den Worten von „Verrat Italiens“ und seinem „Ueberrück auf seine getreuen Verbündeten“. Man muß sich fragen, ob diejenigen, die mit viel weniger Geist, aber mit derselben moralischen Indifferenz die Tradition Friedrichs des Großen und Bismarcks fortsetzen und erklären, daß Rot kein Gebot lenne — ob jenen, mit deren Willen ihr Land alle Erwartungen der Zivilisation gegen das Völkerrecht mit Füßen getreten, verbrannt und in den Tiefen des Ozeans begraben hat, das Recht haben, von einem Bündnis und von der Achtung vor Verträgen zu sprechen. Aber dies wäre ein zu leichter Beweis und nur eine Vorfrage. Prüfen wir positiv und mit Ruhe, ob die ehemaligen Verbündeten das Recht haben, sich von uns verraten

oder überfallen zu nennen. Unsere Aspirationen waren den Zentralmächten längst bekannt und ebenso war bekannt, wie wir ihre Handlungsweise beurteilten. Diese Aspirationen und diese Handlungsweise haben dem Bündnis den tieferen Grund genommen. Das von Sonnino verbreitete Grünbuch wird in dieser feierlichen Stunde und nach 30 Jahren der Freundschaft dies beweisen.

Das Grünbuch zeigt, daß im Dezember und Mai lange mühselige Unterhandlungen stattfanden, die ergebnislos blieben. Es ist nicht wahr, wie man fälschlicherweise glauben machen will, daß das im letzten November gebildete Ministerium die Richtlinien unserer internationalen Politik veränderte. Die italienische Regierung, deren Richtlinie immer unverändert blieb, urteilte streng. Von dem Augenblick an, wo sie Kenntnis von dem Angriff Oesterreich-Ungarns auf Serbien hatte, sagte sie die Folgen des Angriffs voraus, welche die nicht vorauszusehen vermochten, welche jenen Schlag mit so großer Gewissenlosigkeit vorbedacht hatten. Als Beweis diene folgendes Telegramm di San Giuliano an den italienischen Votschafter in Wien, Herzog Avarna, vom 25. Juli 1914:

Salandra, Notov und ich hatten eine lange Unterredung. Salandra und ich machten Notov besonders darauf aufmerksam, daß Oesterreich gemäß dem Sinne des Dreibundes nicht das Recht habe, ohne vorherige Abmachung mit seinen Verbündeten einen ähnlichen Schritt zu unternehmen, wie es ihn in Belgrad unternommen hatte.

Tatsächlich beweist Oesterreich-Ungarn klar durch den in der Note angefügten Ton und durch die Art der Forderungen, welche übrigens gegen die panserbische Gefahr wenig wirksam, dagegen für Serbien und indirekt für Russland tief beleidigend waren, daß es den Krieg provozieren wollte. Wir haben ferner dem Votschafter von Notov erklärt, daß Italien infolge der Handlungsweise Oesterreich-Ungarns und angesichts des Defensivcharakters des Dreibundvertrages sich nicht verpflichtet fühle, Oesterreich-Ungarn zu Hilfe zu kommen, falls es sich infolge dieser Demarche mit Russland im Kriege befinden sollte. Der ganze europäische Krieg ist tatsächlich eine Folge der herausfordernden Handlung Oesterreich-Ungarns. Die italienische Regierung warf am 27. und 28. Juli in Berlin und Wien Klar die Frage einer Abtretung der österreichisch-italienischen Provinzen auf. Wir erklärten damals, daß der Dreibund unweigerlich gebrochen werde, falls wir nicht gerechte Kompensationen erhielten.

Am 27. und 28. Juli d. J. abgegeben worden. Dagegen hat der Agt. italienische Votschafter Herr Pollati am 24. Juli den Standpunkt der italienischen Regierung dahin gekennzeichnet, daß Italien unter Wahrung seiner Interessen auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages eine möglichst wohlwollende und freundschaftliche Haltung für Oesterreich-Ungarn einnehmen und ihm keine Schwierigkeiten bereiten würde. Italien wolle in allen Balkanfragen eine mit seinen Verbündeten übereinstimmende Politik machen. Auch müßte es über die Interpretation des Artikels VII Gewißheit erhalten. Ueber die Interpretation war in der Folge eine Einigung, und zwar im Sinne der italienischen Wünsche herbeigeführt worden.)

Die unparteiliche Geschichte wird sagen, daß Oesterreich-Ungarn, ohne von Juni bis Oktober 1913 Italien seine aggressiven Absichten gegen Serbien feindlich gesinnt zu finden, im vergangenen Sommer in Uebereinstimmung mit Deutschland versuchte, uns durch Ueberredung vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Das Verbrechen von Sarajewo wurde als Vorwand ausgenutzt. Nach der Weigerung Oesterreich-Ungarns, die sehr weitgehenden Angebote Serbiens anzunehmen, erklärte am 31. Juli Graf Berchtold dem Herzog von Avarna, daß die Mediation, falls sie erfolgen sollte, die bereits begonnenen Feindseligkeiten gegen Serbien nicht unterbrochen sollte. Wenn die Mediation, woran England und Italien arbeiteten, sich fühlbar machen sollte, so war Graf Berchtold trotzdem jedenfalls nicht gewillt, die in der österreichisch-ungarischen Note angegebenen Bedingungen zu mildern. Diese Bedingungen hätten bei Beendigung des Krieges natürlich verschärft werden können. Wenn andererseits Serbien sich entschlossen hätte, die österreichisch-ungarische Note vollständig anzunehmen, und sich bereit erklärt hätte, die Bedingungen, welche man ihm auferlegte, zu erfüllen, so hätte diese Oesterreich-Ungarn nicht bezwogen, die Feindseligkeiten einzustellen. Es ist nicht wahr, wie Graf Tisza behauptete, daß Oesterreich-Ungarn sich verpflichtet hätte, keine territorialen Erwerbungen auf Kosten Serbiens zu machen. Der österreichisch-ungarische Votschafter Mery erklärte am 30. Juli San Giuliano, daß Oesterreich-Ungarn in dieser Hinsicht keine verpflichtende Erklärungen abgeben könne, weil man nicht vorhersehen könne, ob es nicht während des Krieges gegen seinen Willen genötigt wäre, serbische Gebiete zu behalten.

Graf Berchtold erklärte am 29. Juli dem Herzog von Avarna, er sei nicht gewillt, Verpflichtungen bezüglich der eventuellen Haltung Oesterreich-Ungarns im Falle eines Konfliktes mit Serbien einzugehen. Wo ist denn ein Verrat oder ein ungerechter Ueberfall, wenn man nach neun Monaten vergeblicher Bemühungen, zu einer ehrbaren Verständigung zu gelangen, die in gerechtem Maße unsere Rechte und Interessen anerkennt, unsere Handlungsfreiheit begrenzen will? Die Wahrheit ist, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland es bis zu diesen letzten Tagen mit schwachen Intriganten, aber nicht mit einem handelnden Italien, mit einem der Erpressung fähigen, aber zur Geltendmachung seines guten Rechtes durch die Waffen unfähigen Italien zu tun zu haben glaubte, mit einem Italien, das leicht lahm zu legen sei, indem man einige Millionen ausbeute und indem man sich durch nicht eingezogene Treibereien das Land und seine Regierung stelle.

Letzte Nachrichten.

Deutsch-norwegische Verhandlungen.

Kristiania, 3. Juni. (B. L. V.) Das deutsche Auswärtige Amt teilte der norwegischen Regierung eine eingehende Untersuchung aus Anlaß der Versenkung der „Amerika“ vornehmen ließ. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung kann in Anbetracht von Zeit und Ort keine Rede davon sein, daß ein deutsches Unterseeboot den Untergang des Dampfers verschuldet hat. Das deutsche Auswärtige Amt ersucht gleichzeitig zur weiteren Untersuchung um die Ergebnisse der von der norwegischen Regierung eingeleiteten Untersuchung nebst Beweismaterial.

Kristiania, 3. Juni. (B. L. V.) Die deutsche Regierung teilte der norwegischen Regierung mit, daß die Untersuchung bestätigt habe, daß der Dampfer „Belridge“ durch einen unglücklichen Zufall von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden sei. Die kaiserliche Regierung drückt ihr Bedauern aus, und erklärt sich zu vollem Schadenersatz bereit. Sie schlägt die Ernennung norwegischer und deutscher Sachverständiger zur Feststellung der Erklärungsfrage vor. Die norwegische Regierung erklärte ihr Einverständnis.

A. WERTHEIM

G.
M.
B.
H.

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Soweit Vorrat

Frische Lebensmittel werden nicht zugesandt

Konserven

Norweg. Sprotten
in Oel kleine Dose 18 Pf.
in Oel oder Tomaten, Dose 28 40 Pf.
Norweg. Fettheringe
in Bouillon oder Oel . . Dose 55 Pf.
Skipper - Heringe (auch
warm zu genießen) . . . Dose 32 Pf.
Norweg. Fischklöße
(auf Wunsch Gehräuch-
anweisung) . . . 1 M. Dose 55 Pf.
Rindfleisch im eigenen Saft 1.20
Frikandellen Dose 1.20
Mockturtle-Rinderschwanz, klar, Nieren-
suppe Dose 65 Pf. Dose 38 Pf.
Rinderschwanzsuppe
dick 1/2 Dose 45 Pf.
Ochsenzungen in Dosen, Pfund 2.80
Gekocht. Schinken in Dosen, Pfund 1.90
Leberwurst Dose etwa 1/2 Pf. 55 Pf.
Fleischpaste Dose 65 Pf.
Rotwurst Dose etwa 1/2 Pf. 60 Pf.
Mettwurst Dose etwa 1/2 Pf. 80 Pf.

Geflügel

Junge Gänse Pf. 1.35 u. 1.45
Junge Enten St. 4.40 bis 5.90
Junge Küken St. 1 M. bis 2.80
Suppenhühner St. 2.85 bis 4.40

Wurstwaren

Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 2.35
Holsteiner Zervelat- u. Salamiwurst 2 M.
Plockwurst Pfund 1.70
Bauernmettwurst Pfund 1.80
Rollschinken 6-8 Pfund, Pf. 2.40
Knochenschinken 8-12 Pf. 1.80
Schinken in Dosen, netto eingewog.
Gewicht 8-12 Pfund, Pf. 1.90
Jagdwurst Pfund 1.60
Landleberwurst . . Pfund 1.30
Rotwurst . . Pfund 95 Pf. 1.30

Räucherwaren

Kieler Bücklinge 2 St. 20, 3 St. 25 Pf.
Ahlb. Flundern Pf. 45 u. 60 Pf.
Geräuch. Aale Pf. 1.40 u. 1.80

Butter und Käse

Tisch- und Tafelbutter
Pf. 1.68 1.72 1/2-Pf.-Pak. 84 86 Pf.
Kunstspeisefett . . Pfund 1.05
Kunsthonig Pfund 38 Pf.
Pflaumenmus Pfund 38 48 Pf.
Harzer Käse Kiste 100 Stück 3 M.
Bierkäse Pfund 1.05
Romatour Stück 35 Pf.
Edamer Käse Pf. 1.10 Holländer Pf. 1.20

Fleisch

Rinderfilet unausgesch., im ganzen Pfund 1.20
Pökelrinderzunge Pfund 1.15
Roastbeef mit Knochen Pfund 1.10
Rinderbrust u. -kamm . . . Pfund 95 Pf.
Querrippe Pfund 90 Pf.

Reh, Hirsch u. Wildschwein
zu billigen Tagespreisen.

Fische

Lebende Aale Pfund 90 Pf. bis 1.70
Lebende Schleie Pfund 1.20
Frische große Makrelen . . . Stück 40 Pf.
Salzfisch in ganzen Kopf- u. Schwanz-
Fisch Pf. 32, Stück . . Pfund 28, Mittelst. Pfund 35 Pf.
(Kostproben von 11-1 und 5-1 Uhr)
Getrockneter Klippfisch in ganzen Fischen Pfund 55 Pf.

Gemüse

Kohlrabi Bund 20 Pf.
Stachelbeeren 2 Pfund 45 Pf.
Rettiche 4 Bund 10 Pf.
Salat 4 Kopf 10 Pf.
Frischer Spargel zu billigsten Preisen.

Lebende Pflanzen

Pelargonien Topf 35 und 42 Pf. Begonien starke Stauden, Stück 12 Pf.
Efeugeranien Topf 65 Pf. Fuchsien sehr knospig . . Topf 45 Pf.
Rosentöpfe kräftige Pflanzen, verschiedene Sorten, Stück 1.25

Freitag und Sonnabend

Herren- Bekleidung

Jackett-Anzüge moderne Muster 22 M. 41 M.
Beinkleider gestreift 6.75 M. 9 M.
Lüster-Jackets 6 M. 7.25

Sport-Artikel

Tennis-Schläger 8 M. 9.50 13.50 16.50
Tennis-Bälle 1.10 1.25 1.60
Tennis-Netze . . . 9 M. 15 M. 24 M. 33 M.
Ball-Netze rot und weiß . . . 25 Pf. 30 Pf.
Pressen 1.45 1.75
Racket-Taschen 2 M. 3.50 4 M.
Fußbälle Rindleder 8 M. 10 M. 12.50
Faustbälle 4.50 5.50 6.25
Hängematten . . 2 M. 2.90 3.50 4.50

Ständiger Verkauf

Feldpost-Artikel

Neu! Neu!
Erfrischungen in Feldpostbriefen
Himbeer-, Kirsch- und Zitronensaft, Waldblüte | 250 gr 500 gr
45 Pf. 85 Pf.
Brausepulver 10 Pf.
Erfrischungstabletten Bäckse 50 Pf. 1 M.
Kaffee-Mundtabletten . . . Bäckse 1.50
Erfrischungspasten Paket 60 Pf.
Backobst Karton 300 Gramm 1.50
Fruchtsuppen kalt aufzulösen, Päckchen 15 Pf.
Pfefferminztabletten 5 Pf. u. 10 Pf.

Deutsches Theater
Kammerspiele
„Der Weibsteufel“.
Lucie Häflich
Josef Klein
Fritz Richard

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Flandern und der Krieg.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Wie deutsche Helden sterben
Gartenbühne 1/2 8: D. Försterchristl.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Theater für Freitag, den 4. Juni.
Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter!
Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr: Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: Figaros Hochzeit.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
8 1/2 U.: O diese Leutnants!
Kleines Theater
8 Uhr: Liebelei
Lustspielhaus
8 1/2 U.: Ein Prachtmädel
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Krieg im Frieden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30
Heute Freitag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, Andreas-
Festhalle, Andreasstr. 21:
Branche-Versammlung der Kistenmacher.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission.
2. Berichtsabend.
83/19
Zurückführung der Kriegsteilnehmer
Preis 30 Pfennig
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.

Erzählungen,

Romane u. dgl. zu bedeutend herabgesetzten
Preisen liefert, soweit der Vorrat reicht, die
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Jeder Band 50 Pf. (Die meisten sind gebunden)

Das weiße Kreuz in Ormont Roman von Robert Schweißel. 131 Seiten
Der Schmuggler Erzählung von Robert Schweißel. 139 Seiten
Die Witweverin Roman von Robert Schweißel. 144 Seiten
Die Gläubige Erzählung von Ernst Freygang. 163 Seiten
Aus ländlichen Hütten Erzählung von Henri Fontanille. 62 Seiten
Vermorfene Novellen von Hans Ostwald. 220 Seiten
Eine königliche Session Ein Traum von John Ball. Von William Morris. 128 Seiten
Afrika Erzählungen. Von Guy de Maupassant. 200 Seiten
Bauern Erzählungen von Guy de Maupassant. 277 Seiten
Sonntagserlebnisse eines Pariser Spielbürgers Erzählungen von Guy de Maupassant. 300 Seiten
Das Herz auf der Stirn Roman von Maurus Jofai. 144 Seiten
Der Flüchtling Erzählung von Maurus Jofai. 79 Seiten
Märtyrer des Herzens u. Zwei Frauen von R. Jofai.
Die Gasse Geschichten von Stefan Großmann. 100 Seiten
Des Onkels Traum Roman von F. S. Dostojewski. 282 Seiten
Gen Jipahan Erzählungen von Pierre Loti. 267 Seiten
Cunila Ein Gedicht aus Indien. Von Leopold Jofai. 119 Seiten
Gedichte Von Johannes Sebde. Eine Auswahl aus den gesammelten Werken. 83 Seiten
Reise Ihren Betrachtungen, Gedanken u. Bekenntnisse aus den Schriften und Briefen von L. Tolstoj. 180 Seiten
Küftige Volkstypen Selbstbiographien und bedeutender Leute. Von Wassili Berezichagin. 127 Seiten
Rußland Politische Betrachtungen von Maxim Gorki. 86 Seiten
Das Glend der neuen Welt Von Robert Hunter. 265 Seiten
Zeichen der Zeit Gießen Beiträge von W. Morris. 200 Seiten

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Größtes Varieté-Programm
Robert Steidl
Sämtl. Schläger neu für Berlin
Adelmanns ? Paini ?
u. die weiteren ausserwählten
Juni-Spezialitäten.
Kl. Preise. Augen. kühl. Aufenthalt

WINTERGARTEN
— Juni 1915. —
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende: Else Berna.
Lotta Werkmeister vom Thalia-
Theater, Berlin. — Karl Bach-
mann. Julius Spielmann
sowie der
glänzende neue Spielplan.

Hühneraugen
Ist eingewurzelt u. schmerzhaft, barte
haut entfernt unter Garantie absolut
sicher „Bosco“, —
Seit fast 25 Jahren bewährt. Jede 75 Pf.
Wo nicht erhältlich nichts anderes neh-
men. (Jofai bestelln gegen Bl. 1. — fr.
Otto Heichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 14)

Ziehung schon
8., 9., 10., 11. u. 12. Juni
**Coburger
Geld-
Lotterie**
17553 Geldgewinne mit Mark
360000
100000
50000
Lose 3 M. (Parte u. Liste)
H. C. Kröger
BERLIN W8, Friedrichstr. 193a

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Zum Schluß:
**Im Schützen-
graben.**
Militärisches
Zettbild
von Weyfel.
Anfang 8 Uhr.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Carmen.
Großes Ausstattungstheater in 5 Bildern.
Erstklassiges Varieté
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.
Karte
des 260/8
italien.-österreich.
Kriegsschauplatzes
Nord- u. Mittel-Italien
Maßstab 1 : 150000
mit einer Nebenkarte vom
italienisch-österreich. Grenzgebiet
Maßstab 1 : 600000.
Preis 1 Mark.

Kartoffeln verkauft Levy Hagen-
dorf, Uferstr. 19, II. Ausgang.

Mechaniker-Kittel + Schlosser-Anzüge
kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung
Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Italienisch-rumänische Bestrebungen auf dem Balkan.

Seit dem Eintritt Italiens in die Reihe der kriegsführenden Staaten hat die Haltung der Balkanstaaten wieder ein brennendes Interesse gewonnen. Für den Dreiverband wäre namentlich der Anschluß Rumäniens von außerordentlichem Wert. Die Petersburger „Reich“ gab dieser Tatsache einen prägnanten Ausdruck, indem sie dieser Tage schrieb, das Eingreifen Italiens in den Krieg habe nur dann eine starke strategische Bedeutung, wenn Rumänien mitmache. Die Bemühungen der Diplomatie richten sich deshalb in erster Linie auf Bukarest, dessen Entscheidungen überall mit großer Spannung erwartet werden.

In gut unterrichteten Kreisen der russischen Diplomatie verheißt man sich keineswegs, daß auf ein aktives Eingreifen Rumäniens kaum in der allernächsten Zeit zu rechnen sein wird. Entgegen den in der Presse verbreiteten Nachrichten von einem Abkommen zwischen Italien und Rumänien wird in Petersburger Blättern halbsoffiziös mitgeteilt, diese Meldung besäße sich vorläufig nicht. Wenn indessen in den russischen politischen Kreisen dem Anschluß Rumäniens an den Dreiverband mit einem gewissen Optimismus entgegenzusehen wird, so stützt sich diese Anschauung darauf, daß die Interessen und Bestrebungen Italiens und Rumäniens auf dem Balkan miteinander identisch seien.

Dieser Anschauung kann eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Wenn sich schon früher zwischen Bukarest und Rom politische Fäden hingogen, — die namentlich dem Umstande, daß die Rumänen sich als die Träger der „lateinischen Kultur“ auf dem slavischen Balkan betrachteten, ihren Ursprung verdanken — so hat die Annäherung zwischen der italienischen und der rumänischen Politik in den letzten Jahren, und vor allem nach dem Ausbruch des Krieges an Umfang und Stärke zugenommen. Mit der verstärkten Aktivität der italienischen Politik auf dem Balkan richteten sich die Blicke der italienischen Imperialisten immer sehnsüchtiger nach Bukarest. Andererseits haben sich die rumänischen Politiker nach dem zweiten Balkankriege, wo ihr Vorgehen gegen die Bulgaren ihre Stellung auf dem Balkan ziemlich erschwert hatte, veranlaßt, Anschluß an Rom zu suchen. Die gemeinsame aggressive Politik gegenüber den anderen Balkanstaaten förderte stark die Annäherung zwischen Italien und Rumänien.

Als nach dem Ausbruch des Krieges die Hoffnungen auf eine „Dezkomposition“ Oesterreich-Ungarns einsetzten, erfuhr diese Annäherung noch eine außerordentliche Verstärkung. Während in Italien die irredentistische Bewegung einsetzte, verknüpfte man die Bestrebungen, auch von der Ostküste der Adria Besitz zu ergreifen, begann in Rumänien eine — vom Dreiverband geförderte — intensive Propaganda zugunsten der „Erfüllung des nationalen Ideals“ Rumäniens: der Angliederung Siebenbürgens, des Banats (der an Serbien grenzenden Südprowinz Ungarns) und der Bukowina an das rumänische Stammland. Die Tatsache, daß die Ostküste der Adria nur zu einem kleinen Teil von Italienern, im übrigen aber von Südslaven bewohnt ist, war für die italienischen Imperialisten eben so wenig ein Hindernis, wie für die großrumänischen Politiker die Tatsache, daß außer den Rumänen in der Bukowina noch Ruthenen, in Siebenbürgen — Deutsche und Ungarn, in Banat — Serben in großen Mengen leben. Die Proklamierung des „nationalen Ideals“ in Italien und Rumänien war nur zu einem Teil berechtigt. Wenn aber die italienischen und rumänischen Bestrebungen einen solchen Umfang erreicht haben, so erklärt sich das daraus, daß Italien im Bunde mit Rumänien die Vorherrschaft im Südosten Europas an sich reißen will.

Seitdem Italien festen Fuß in Albanien gefaßt hat, stehen ihm für die politische und wirtschaftliche Ausdehnung im wesentlichen Teile des Balkans viele Wege offen. Sein Anspruch auf die dalmatinische Küste — eine Folge des in Italien proklamierten Zieles der Herstellung eines adriatischen Binnenmeeres unter italienischer Herrschaft — bietet für eine Ausdehnung nach dem Osten hin eine starke Basis und Rückendeckung. Aber wie die Besitzergreifung Albanien den Gegensatz zwischen Italien und Griechenland verschärft, bringt der Anspruch Italiens auf die an der Ostküste der Adria liegenden slavischen Gebiete die italienische Politik in eine feindliche Stellung zu Serbien, das die Herstellung eines großserbischen Reiches als das Ziel seiner Kämpfe betrachtet und zu dem auch in der Tat die südslawischen Gebiete (Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina) hingravittieren. Unter diesen Umständen ist es der italienischen Politik äußerst erwünscht, daß Rumänien mehr und mehr Anschluß an sie sucht. Vertreten wird dieses Bestreben freilich nur von der Richtung der rumänischen Politik, die von der Schaffung eines Groß-Rumäniens, nach Besitzergreifung der Bukowina, Siebenbürgens und des Banats träumt. Die Verwirklichung dieses Ziels würde Rumänien eine beherrschende Stellung auf dem östlichen Balkan verschaffen, seinen Gegensatz zu Bulgarien noch verschärfen und heftige Gegenströmungen in Serbien wachrufen, das auf das angrenzende Banat Ansprüche erhebt. Die gekennzeichnete Richtung der rumänischen Politik strebt also nach Rom hin nicht aus besonderer Vorliebe für Italien, sondern weil sie in einem Zusammengehen mit Italien die sicherste Bürgschaft für die Verwirklichung ihrer Ziele und die gemeinsame Herrschaft des Balkans sieht. Nebenbei mag vielleicht auch noch die Berechnung mitsprechen, daß Rumänien nur im Bunde mit Italien der Expansion Russlands nach dem Mittelmeer hin widerstehen könne.

Das ist in großen Zügen die durch die italienisch-rumänischen Bestrebungen geschaffene Interessengemeinschaft dieser beiden Staaten auf dem Balkan. Auf die Auffassung dieser Gemeinschaft stützt sich auch der Optimismus der russischen, englischen und französischen Politiker hinsichtlich des notwendigen Eingreifens Rumäniens in den Krieg. Dieser Optimismus überblickt aber dreierlei Tatsachen: Erstens ist hinsichtlich der Bukowina und des Banats zwischen Rumänien und Rußland noch keine Einigung erzielt. Zweitens steht der oben gekennzeichneten dreiverbandfreundlichen Richtung der rumänischen Politik — abgesehen von der streng neutralen Richtung der rumänischen Sozialdemokratie — eine andere gegenüber, die es vorzieht, auf friedlichem Wege Gebietserweiterungen von den Zentralmächten zu erhalten, und die die Wiederangliederung Bessarabiens als vornehmstes Ziel der rumänischen Politik betrachtet. Und drittens rechnet der

Optimismus hinsichtlich einer baldigen Intervention Rumäniens nicht mit der Tendenz der rumänischen Politik, die der Bukarester Korrespondent der „Kiewskaja Mysl“ mit folgenden Worten charakterisiert hat: „Rumänien wird im letzten Augenblick auf der Seite eingreifen, zu deren Gunsten bestimmt und klar der kriegerische Erfolg entscheiden wird.“

Politische Uebersicht.

Vorfagen für Annexionen.

Der frühere Staatssekretär des Innern, Graf Bosa-dowsky, der gestern seinen 70. Geburtstag feierte, veröffentlicht in der „Nationalzeitung“ einen Artikel über die Zeit nach dem Kriege. Er wirft dabei folgende Fragen auf: „Von der Regelung der Kriegsschädigung wird die künftige Lebenshaltung deutscher Volkskreise und die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftslebens wesentlich abhängen; eine unseren finanziellen Aufwand ausgleichende Kriegsschädigung kann uns allein vor künftigen Steuerlasten schützen, deren Höhe für den einzelnen einen Rückgang in seiner Lebenshaltung und für die Gesamtwirtschaft des Landes einen empfindlichen Rückschlag bedeuten würde. . . Die Forderung eines Länderwechsels endlich, zu deren Erfüllung wir unsere Gegner zu zwingen vermöchten, muß für unser Verhältnis zu den bezwungenen Staaten selbstverständlich weitreichende und dauernde Folgen haben und hängt mithin jeder Länderwerb mit der künftigen Orientierung unserer auswärtigen Politik aufs engste zusammen.“

Aber auch für die innere Politik hat jeder Länderwerb größeren Umfangs dauernde finanzielle und politische Wirkungen; der Wiederaufbau der erworbenen, vom Kriege heimgeführten Landstrecken, die militärische Sicherung der neuen Grenzen, der fünfjährige Eintritt bisher feindlicher Interventionen in den deutschen Heeresverband und vor allem die staatsrechtliche Behandlung der neuen Gebiete sind schwierige und kostspielige Aufgaben bei der Angliederung neuer Landstrecken. Sollen die fremdsprachigen Bewohner der neuen Gebiete in absehbarer Zeit vollberechtigte deutsche Staatsbürger mit aktiven und passivem Wahlrecht werden und somit auch berechtigt sein, einen Teil der deutschen Volkswertretung zu bilden? Hoffst man diese Neudeutschen nicht nur dem Deutschen Reiche anzugliedern, sondern sie auch allmählich in das deutsche Volkstum eingzugliedern? Oder glaubt man die völlige Germanisierung der fremden Landesteile im Interesse des Deutschtums und ihre Bevölkerung mit zuverlässigen Mitbürgern durchzuführen zu können? Oder will man neuerworbene Gebiete dauernd nur als eine Art Kronland behandeln ohne Gewährung vollen deutschen Staatsbürgerrechts, und glaubt man, einen solchen Zustand gegenüber dem Drang und Kampf einer feindlichen oder schwachberzigen öffentlichen Meinung auf unabsehbare Zeit aufrechterhalten zu können? Erwartet man endlich von solchen Erwerbungen eine innere Stärkung unseres Reichsbauens? Das sind ganz allgemeine Vorfragen, die ein jeder, welcher glaubt, seine Stimme nach der einen oder anderen Richtung erheben zu müssen, vorher ernstlich und sachlich bis zur vollen eigenen Klarheit durchdenken sollte.“

Wer sagt denn dem Jubilar, daß auch nur solche Vorfragen über die Art der Angliederung von Gebieten irgendwie praktischen Wert hätten? Wichtiger ist die Vorfrage, ob überhaupt eine Angliederung zweckmäßig sein würde.

Das große Umlernen.

Die in letzter Zeit wieder häufiger laut werdenden Stimmen für eine Reform des Landtagswahlrechts veranlassen den nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann im „Tag“ zu einer Polemik gegen die „Umlerner“:

„Das Schlagwort vom notwendigen großen Umlernen hängt an, eine bedeutende suggestive Kraft zu entfalten. . . Gerade darum muß es Aufgabe des verantwortungsvollen Politikers sein, in dieser gärenden Zeit sich ein wenig von der Rühr des Urteils zu bewahren, die für jede Arbeit am Staat zu allen Zeiten notwendig bleiben wird. Es wird deshalb zur Pflicht, auf das Gefahrvolle des Beginns übereifriger Politiker hinzuweisen.“

Ist es denn wahr, daß für uns alle in allem der Zwang zum Umlernen vorhanden ist? Ist der jetzige Augenblick hierfür geeignet? . . . Innerpolitisch? Hier scheint uns Ueber-einstimmung dahin möglich, daß die härteste militärische Nöthigung und die intensivste Förderung und Hinausrückung der Landwirtschaft aus dem Parteistricke unabwiesbare Leuchte des Krieges seien. . . Heute schon, wo eine Zeit größter Gefühlserschütterungen zu leicht die Klarheit des Urteils trübt, heute schon mit einem fertigen Programm des Umlernens praktische Augenblickspolitik treiben wollen, wäre das Beginnen einer unheilvollen politischen Scharlatanerie oder Demagogie.“

Man verzeihe doch nicht, daß die großen parteipolitischen Gegensätze auf Anschauungen vom Staate und auf allgemeinen Grundsätzen beruhen, die im einzelnen gewiß durch die Erfahrungen einer starken Gegenwart sich abwandeln können, die aber in ihren Grundzügen durch eine Menschheitsgeschichte von Jahrtausenden festgelegt sind. Es könnte sich für unser künftiges innerpolitisches Leben zu einer ungeheuren Gefahr auswachen, wenn unter Ausnutzung noch so berechtigter Gefühlsmomente der Glaube im Volke geweckt würde, als könne der heutige herrliche Geist der Einheit kommende politische und wirtschaftliche Kämpfe unüberwindlich oder gar unmöglich machen.“

Herr Fuhrmann denkt jedenfalls nicht daran, „umzulernen“ und auch nur ein Täufelchen seiner früheren Grundsätze aufzugeben. Dagegen fordert er von den Oppositionsparteien das „Umlernen“:

„Hat man denn gar nichts aus diesem Kriege gelernt? Sieht man denn noch immer nicht ein, daß die als verhängnisvolle Waffe gegen uns gebrauchte Phrase von deutscher Unfreiheit, von Junkerherrschaft und Militarismus dem feindlichen und neutralen Ausland von unserer eigenen übertreibenden Kritik geliebert worden ist?“

Am gefährlichsten scheint dem Abgeordneten Fuhrmann die Forderung nach dem allgemeinen, geheimen, gleichen Wahlrecht in Preußen. Der nationalliberale Abgeordnete sieht sich dabei nicht, auch seinen Parteifreunden Schiffer und Böhm, die für eine Reform eintraten, einen kräftigen Rißel zu erteilen:

„Nur wahr, man sollte nicht glauben, daß es in dieser gefährlichen Stunde, wo unser Volk um sein ganzes Dasein und um seine Zukunft kämpft, noch Männer von so geringem Verantwortungsfähigkeitsgefühl gibt, daß sie an dem Fundamente unserer inneren Volkseinheit rütteln, nur um sich bei der Demokratie in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ein weiterer Zweck kann nicht in Frage kommen, denn jede praktische Folge ist für ihr Verlangen ausgeschlossen. Darüber haben sämtliche entscheidenden Parteien längst im preussischen Abgeordnetenhaus keinen Zweifel gelassen.“

Das jetzige preussische Wahlrecht ist nach Fuhrmann das Fundament unserer inneren Volkseinheit! Weshalb da die Nationalliberalen, zu denen Fuhrmann zählt, sich überhaupt und sei es auch nach dem Kriege um eine Reform dieses Wahlrechts bemühen sollten, bleibt allerdings schleierhaft. Die konservative Presse drückt auch mit großem Wohlgehen die Fuhrmannschen Ausführungen ab. Solange sich nicht die linksstehenden Parteien energisch für eine Wahlreform einsetzen, glaubt die rechte Seite auch diesmal wieder trotz des Krieges gewonnenes Spiel zu haben.

Soziale Fürsorge durch teures Brot.

Die Stadt Tilsit betreibt auf eine ganz seltsame Art Sozialpolitik; sie gehört zu den Gemeinden, die sich in der Brotversorgung selbst bewirtschaften, läßt das Getreide durch ihre Kommissionäre einkaufen und gibt es an die Mühlen zum Vermahlen. Die Mühlen müssen an die Stadt eine Abgabe von 5 M. pro Doppelzentner entrichten, wodurch den Broteffern, auch den ärmeren, das Brot natürlich erheblich verteuert wird. Die Abgabe ist deshalb so hoch bemessen, weil die Stadt starke Ueberschüsse erzielen will. Der Magistrat hofft, aus der Kommunalabgabe bis Mitte August einen Ueberschuß von 40—50 000 M. herauszuwirtschaften, welche Summe im Winter zu Zwecken der Volksernährung Verwendung finden soll. Der Magistratsvertreter erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, in der unsere Genossen die Herabsetzung der Mehlpreise forderten, der Magistrat halte es als fürsorglicher Hausvater für wünschenswert, einen Betrag von 40—50 000 Mark zur Verfügung zu haben, den er für die Volksernährung verwenden könnte. Zu einer Herabsetzung der Preise lasse er sich nicht bewegen.

Die Brotkonsumenten müssen also die Mittel aufbringen, damit der Magistrat im Winter — Sozialpolitik treiben kann. Selbst in bürgerlichen Kreisen fand die Methode des Magistrats Widerspruch.

Fleischwucher.

Die Preissteigerungen auf dem Breslauer Schlachthof und ihre scharfe Kennzeichnung durch den Obermeister der Breslauer Fleischerrinnung beschäftigten am Dienstag das Breslauer Schöffengericht. Der Fleischerobermeister hatte sich einem Zeitungsberechtigter gegenüber dahin geäußert, daß die Viehhändler beim Auftrieb von Vieh auf den Breslauer Markt wucherische Preise verlangten, die häufig für die Käufer unerträglich seien. Im Auftrage des Vereins zur Wahrung der Interessen des Viehhandels für Schlesien und Posen hatten vier Viehhändler gegen den Fleischer-Innungsobermeister deshalb Privatbeleidigungsklage erhoben. Der Beklagte wies in der Verhandlung darauf hin, daß ein Händler bei neun Schweinen 800 M., ein anderer bei einem einzigen Schwein 175 M., bei einem Bullen 300 M. verdient habe, so daß der Breslauer Magistrat sich in einer öffentlichen Erklärung als machtlos gegenüber diesen Preissteigerungen bezeichnet habe. Der Beklagte bot den Wahrheitsbeweis an. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung, indem er von der Ansicht ausging, daß dem Angeklagten jede Absicht der Beleidigung ferngelegen habe, und daß ihm der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe. Die Kosten des Verfahrens wurden den Privatklägern auferlegt. — Schade, daß der Wahrheitsbeweis nicht zugelassen wurde, es wären wahrscheinlich erbauliche Dinge über die durch die Kriegsnot begünstigte Auswanderung des Volkes ans Tageslicht gekommen.

Gegen den Landwirtschaftsrat.

Die dem Herrenhaus angehörenden Oberbürgermeister haben folgende Interpellation eingebracht:

„Welche Stellung nimmt die königliche Staatsregierung ein gegenüber den Anträgen des Deutschen Landwirtschaftsrats, die dahin zielen, für das kommende Getreideerntejahr

1. im Interesse der verkauften Landwirtschaft die Ueberführung kommunalverbände derart gegen den Käufer abzuheben, daß dem Käufer der Zutritt zu den Ueberführverbänden nicht mehr gestattet wird, vielmehr diese selbst nach ihrem Ermessen den Ueberführ für die Bedarfs-Kommunalverbände aussondern,

2. an Stelle des die Interessen der Käufer vertretenden Organs — der Kriegs-Getreidegesellschaft — eine durchaus unter landwirtschaftlichem Einfluß stehende Zentralausgleichsstelle zu setzen, so daß die Verkäufe zwar im Namen und für Rechnung der Verbraucher, insbesondere der Städte geschehen, tatsächlich aber ebenfalls von landwirtschaftlicher Seite geleitet werden?“

Jugendwehrzwang.

Der Landrat des Kreises Kyritz macht bekannt: „Der Posthilfsbote Willi D. von hier weigerte sich beharrlich, an den Uebungen der hiesigen Jugendkompagnie Nr. 259 weiter teilzunehmen, trotzdem er ermahnt ist, seiner Pflicht gegen das Vaterland nachzukommen. Ich bringe dieses von mangelnder Vaterlandsliebe zeugende Verhalten des D. hiermit zur öffentlichen Kenntnis. D. ist aus der Jugendkompagnie ausgesprochen worden. Gleichseitig bringe ich zur Kenntnis, daß die Jungmänner Schloßlehrerling Martin A. und Schmied Paul A. aus Kyritz ihres schlechten Benehmens wegen aus der hiesigen Jugendkompagnie Nr. 259 ausgestoßen sind.“

Diese Bekanntmachung des Landrats ist in jeder Beziehung unzulässig. Wir halten eine entsprechende Belohnung des Landrats durch die Aufsichtsbehörde des Landrats und die Jurisdiktion der Bekanntmachung für dringend erforderlich.

Therites.

Man schreibt uns: Der „Vorwärts“ unterschätzt den Phantastieflug der „Kölnischen Zeitung“ und das Ziel der Wünsche, die sie für den Genossen Liebkecht hegt. Wenn sie dem „nationalen Therites“ einen Schill gönnt, so greift sie damit eine Form der griechischen Sage auf, nach der Therites von Achill durch einen Faustschlag getötet wurde. Wir zweifeln nicht, daß der Bekannte jenes dithyrambischen Wunsch, an den sich sonst nur mehr oder weniger anonyme Briefschreiber magen, bereits die Feder spielt, um dem erachteten Schill ein würdiger Homer zu werden.

Kriegsgewinnsteuer-Anträge.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus sind mehrere Anträge auf Besteuerung der Kriegsgewinne zugegangen. Ein freikonservativer Antrag fordert die Regierung auf: noch in dieser Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen Gewinne

oder andere Einkommenserhöhungen, die sich aus der wirtschaftlichen Lage während der Kriegsdauer ergeben, zu einer erhöhten Besteuerung auf der Grundlage des Preussischen Einkommensteuergesetzes herangezogen werden, um auf diese Weise Mittel für Hinterbliebenenfürsorge und damit zusammenhängende Maßnahmen zu gewinnen.

Ein Zentrumsantrag ersucht die Regierung: 1. Ermittlungen anzustellen, ob im Handels- und Gewerbebetriebe (§ 9 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) es vorgekommen ist, daß aus Geschäftsunternehmen, welche in der Zeit nach dem 1. April 1914 begonnen, aber vor dem 1. April 1915 wieder aufgegeben sind, den Geschäftsinhabern bedeutende, an und für sich einkommensteuerverpflichtete Einnahmen für Lieferungen zu Kriegs- und sonstigen Militär- und Marinezwecken oder zu infolge des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Zwecken zugeflossen sind.

2. Falls dieses durch neue Ermittlungen festgestellt wird oder bereits anderweitig festgestellt ist, dem Landtage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem obige Einnahmen aus Handel und Gewerbe (§ 9 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes), die nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts nur deshalb nicht zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1915/16 herangezogen werden dürfen, weil die betreffenden Einnahmequellen nicht bereits am 1. April 1914 bestanden haben und am 1. April 1915 nicht mehr bestanden haben, als steuerpflichtige Einnahmen des Kalenderjahres 1914 bzw. des in Betracht kommenden Wirtschaftsjahres nachträglich zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1915/16 zu veranlagten sind.

3. Dem Landtage einen Gesetzentwurf baldmöglichst vorzulegen, durch welchen angeordnet wird, daß vom Jahre 1916 ab in den Fällen, wo nach § 9 Abs. 2, 3 und 4 des Einkommensteuergesetzes der mutmaßliche Jahresertrag des bevorstehenden Steuerjahres der Einkommensteuer unterliegt, statt dessen in der Regel der wirkliche Ertrag des letztverflossenen Kalender- bzw. Wirtschaftsjahres zur Einkommensteuer zu veranlagten ist, falls eine annähernd richtige Abschätzung des mutmaßlichen Ertrages des bevorstehenden Steuerjahres unmöglich ist, z. B. im Jahre 1916 wegen des etwa noch nicht beendeten Krieges.

Der Antrag ist nur von einem Teil der Zentrumsfraktion unterzeichnet. Außer dem Antragsteller v. Strombeck haben ihn aus der 103 Mitglieder zählenden Zentrumsfraktion 27 Abgeordnete unterzeichnet.

Eine Reichs-Kriegsgewinnsteuer.

Nach den Berliner Politischen Nachrichten wird gegenwärtig ein Gesetzentwurf über Besteuerung der Kriegsgewinnsteuern von der Reichsfinanzverwaltung vorbereitet. Er nimmt in erster Linie die Heranziehung des Vermögenszuwachses im Anschluß an das Reichs-Besitzsteuergesetz in Aussicht. Eine auf dieser Grundlage aufgebauete Vorlage soll, so heißt es, dem Reichstage unmittelbar nach Friedensschluß zugehen und mit tunlichster Beschleunigung zur Beratung gestellt werden.

Mittlerweile scheinen aber die Einzelstaaten diese Steuer bereits für sich einführen zu wollen. Bremen hat ein solches Gesetz bereits vorgelegt, in Preußen liegen Anträge nach dieser Richtung hin vor, und die anderen Einzelstaaten dürften folgen. Die Schwierigkeiten, die daraus für das Reich entstehen, bringt eine vermutlich offiziös unterrichtete Korrespondenz zum Ausdruck, indem sie schreibt:

Ein Ausweg ließe sich allenfalls, um eine allgemeine und gleichmäßige Regelung herbeizuführen, dadurch schaffen, daß das Reich die Steuer festsetzt und ihre Erträge den Bundesstaaten überweist. Eine solche Maßnahme ist in der Reichssteuergegebung zwar nicht ohne Vorgang, aber staatsrechtlich auch nicht ohne Bedenken. Man kann andererseits einwenden, daß die Steuererträge wesentlich aus Mitteln des Reichs erzielt werden sind und diesem deshalb schon mit Rücksicht auf die gesteigerten Anforderungen auch verbleiben müßten. Daß die Besteuerung selbst anlangt, so muß sie einfach und ohne kompliziertes Veranlagungsverfahren gestaltet werden. Die sichere Erfassung des sogenannten „Kriegsgewinnes“ bietet erhebliche Schwierigkeiten, und Umgehungen durch hohe Abschreibungen und geschickte Abbuchungen würden wahrscheinlich sein; es müßte schon ein umfangreicher Apparat in Bewegung gesetzt werden, um allen Fragen auf den Grund zu kommen.

Selbstverständlich darf das Reich bei der Besteuerung der Kriegsgewinne nicht leer ausgehen, denn diese Gewinne stammen zum weitaus größten Teil aus den Taschen des Reiches. Wenn aber die Einzelstaaten brauchbare Gesetze schaffen, dann könnte das Reich vielleicht dadurch auf seine Rechnung kommen, daß auf die einzelstaatliche Steuer ein möglichst hoher Aufschlag zugunsten des Reiches gelegt wird. Ein großer Teil der Gewinne ist entstanden durch Ausnutzung der Notlage, in der sich das Reich befand, deshalb ist es nicht mehr als recht und billig, daß ein erheblicher Teil davon dem Reich wieder zusteht.

Das Stickstoffhandelsmonopol.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einer Korrespondenz wird darauf hingewiesen, daß das Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols in der Ratung des Reichstags nicht verabschiedet worden sei. Es wird dabei mitgeteilt, die Stickstoffkommission habe sich nach Anhörung von Sachverständigen auf unbestimmte Zeit vertagt, und dieser Beschluß bedeute, daß die Vorlage als gescheitert anzusehen sei. Diese Mitteilung und die aus ihr gezogene Folgerung sind unzutreffend.

Die Kommission hat den Wunsch geäußert, die am 17. und 18. Mai von Sachverständigen im Reichstagsgebäude gehaltenen Vorträge nach Drucklegung eingehend prüfen zu können. Die Reichsleitung hat die Berechtigung dieses Wunsches bereitwillig anerkannt und sich mit der Vertagung der Kommission einverstanden erklärt. Andererseits hat die Kommission entsprechend dem Wunsche der Reichsleitung beschlossen, einige Tage vor dem Wiederbeginn der Plenarsitzungen (10. August) ihre Beratungen wieder aufzunehmen, um sich die Möglichkeit zu sichern, ihre Arbeiten bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu Ende führen zu können.

Fortbildungsschüler und Arbeiterjugendheim.

Der Bayreuther Magistrat hatte seinerzeit den sämtlichen Fortbildungsschülern den Besuch des Arbeiterjugendheims und das Lesen der „Arbeiterjugend“ verboten. Wegen dieser Maßregel ist es zu heftigen Kämpfen mit der Partei gekommen und auch die höheren Instanzen, selbst der Landtag, beschäftigte sich mit der Sache. Nun hat bei der Gatsberatung im Magistrat Oberbürgermeister Dr. v. Cosselmann auf eine sozialdemokratische Anfrage erklärt, daß keine Veranlassung bestehe, unter den dermaligen Verhältnissen eine Ausnahmebestimmung bestehen zu lassen und daß das Verbot deshalb aufgehoben sei.

Rückkehr Dernburgs.

Die Verbündeten gaben dem ehemaligen deutschen Staatssekretär Dernburg die Zusage freier Reise zum Rückkehr. Er wird diese am 12. Juni mit einem nordischen Dampfer antreten.

Japanische Abfertigungen.

Das japanische Abgeordnetenhaus hat, wie „Reuter“ aus Tokio vom 1. Juni meldet, mit 232 gegen 131 Stimmen das Budget angenommen, einschließlich der Bewilligung für zwei neue Divisionen für Korea.

Gegen den spanischen Imperialismus.

Neben dem Weltkrieg gehen noch eine Reihe von kleineren kriegerischen Abenteuern einher, die über die Kriegsvorgänge von Flandern und Gallizien, von Westrußland und Nordfrankreich vollständig in Vergessenheit geraten sind. So kämpft Spanien noch immer um den Besitz des ihm „zugewiesenen“ Teiles in Marokko, und wir würden uns dessen kaum bewußt sein, wenn uns nicht gelegentlich die Proteste unserer spanischen Genossen an diesen Kolonialkrieg erinnerten. Eben erst wieder erhebt in dem zu Madrid erscheinenden „Socialista“ der Genosse J. A. Meita seine Stimme:

„Die Sozialisten wünschen gemeinsam mit dem größten Teil des spanischen Volkes die Beendigung dieses Krieges. Die marokkanische Tragödie wurde gegen den Wunsch der Nation und den Interessen Spaniens zuweilen vor sechs Jahren durch den Minister Maura eingeleitet, den man nicht vergessen wird. Während dieser sechs Jahre ist in der Zone des spanischen Einflusses kaum ein Einfluß gewonnen worden, und während man vor sechs Jahren in dem Lande sehr wohl reisen konnte, ist das heute unmöglich. Auch hat man in Marokko keine Arbeit für die Arbeitslosen gefunden, die zusehen müssen, wie die Frauen dort zu Skundulöhnen beschäftigt werden. Nur ein paar Ausbeuter machen Gewinne auf Kosten des ganzen Landes. Während dieser sechs Jahre... sind mehr als 800 Millionen Mark vergeudet worden, die besser zur Kolonisation der Dordländer in Spanien verwendet worden wären. Nicht nur am 1. Mai, nein, das ganze Jahr hindurch sollten die Arbeiter gegen den Krieg in Marokko protestieren, und zwar mit mehr Energie als es bisher geschehen ist.“

Was sind die Opfer des marokkanischen Abenteuers gegen die des Krieges, der durch Europa tobt?

Aus der Partei.

Victor Renard †

Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß der französische Genosse Victor Renard in einem kleinen Orte nahe bei Lille am 11. Oktober vorigen Jahres gestorben ist. Selbst die Leitung der französischen Partei und die der Gewerkschaftsorganisation haben von dem Tode ihres wackeren Mitkämpfers infolge des Krieges und der Besetzung Nordfrankreichs durch die deutschen Truppen nicht früher Kunde erhalten.

Victor Renard, der einer Proletarierfamilie entstammte und schon mit elf Jahren in einer Weberei arbeiten mußte, war einer der tüchtigsten und konsequentesten Vertreter der Guesdistischen Richtung in der französischen Arbeiterbewegung. Im Jahre 1879 fand er sich unter den Mitglindern der sozialistischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier socialiste) und er hat ihr wie späterhin der geeinigten sozialistischen Partei, in der er seinen marxistischen Grundgedanken treu blieb, als Führer des nordfranzösischen Proletariats die wesentlichsten Dienste geleistet. Seine Haupttätigkeit aber lag auf gewerkschaftlichem Gebiete. Er organisierte die Textilarbeiter und hat sich als ihr Sekretär innerhalb der gewerkschaftlichen Konföderation zum Wortführer einer Taktik gemacht, die in Anlehnung an das deutsche Vorbild die ganz und halb anarchistischen Methoden der Syndikalisten ablehnte. Mit Nachdruck bekämpfte er die direkte Aktion und empfahl die Organisation nach deutschem Muster und ein möglichst enge Zusammengehen mit der sozialistischen Partei. Auf dem Gewerkschaftskongreß zu Amiens im Jahre 1906 brachte Renard mit den Textilarbeitern des Norddepartements den Antrag ein, gelegentlich mit der sozialistischen Partei in Verbindung zu treten, und auf dem Parteikonferenz, der im selben Jahre zu Limoges stattfand, wandte er sich wie auch Jules Guesde scharf gegen den anarchistischen Putschismus der Syndikalisten, der auch in der Partei seine Anhänger hatte.

Man weiß, wie alle diese Versuche, die Taktik der französischen Gewerkschaften zu reformieren, nur einen sehr geringen Erfolg hatten, und auch die dreißigjährige Rede, die der schon Erkrankte 1912 auf dem Gewerkschaftskongreß von Le Havre hielt, und die in der Forderung gipfelte, sich zuerst zu organisieren und dann einerseits durch den Druck auf die Gesetzgebung, andererseits durch die korporative Aktion der Masse gegen die Unternehmer Verbesserungen zu erlangen, brachte wenig Wirkung hervor. Seine Resolution, die unter anderem die Sympathie für die sozialistische Partei betonte, die auf einem anderen Terrain die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen des Proletariats wie die vollständige Umgestaltung der bestehenden ungerechten Gesellschaft anstrebte, fand nur die Unterstützung der Textilarbeiter.

Nun starb der rastlose Streiter für die Sache der französischen Arbeiter und den internationalen Gedanken gerade in den Tagen, als das Ringen um Lille am heftigsten tobte.

Freigabe der Kautskyschen Broschüre: „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“. Bekanntlich wurde vor einigen Monaten vom Rührer Generalkommando ein Verbot der Weiterverbreitung der oben genannten Broschüre erlassen. Der Pränkischer Verlagsanstalt, in deren Verlage die Broschüre erschienen war, ist jetzt durch Schreiben des Stadtmagistrats mitgeteilt worden, daß dieses Verbot aufgehoben sei.

Aus den Organisationen.

Der Wahlverein Leipzig-Stadt (12. sächsischer Kreis) beschäftigte sich in seiner am 1. Juni abgehaltenen Versammlung mit der Haltung der Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite. Unter stürmischem Beifall der gutbesuchten Versammlung legte Genosse Haase die Gründe der Minorität dar. In einstündiger Rede trat ihm Genosse Pinkau entgegen. Die Aufnahme des haase'schen Schlusssatzes bewies, daß die Versammlung, abgesehen von einer geringen Minderheit mit seinen Ausführungen einverstanden war.

Der 17. sächsische Wahlkreis hielt an Stelle der üblichen Jahresversammlung eine Ausschusssitzung in Meerane ab, an der Vertreter aller Ortsgruppen teilnahmen. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Kreisorganisation am Beginn des vorigen Geschäftsjahres 4149 Mitglieder, darunter 630 weibliche zählte. Am Schlusse des Jahres 31. März 1915 waren noch 3828, davon 576 weibliche Mitglieder vorhanden. 1123 Genossen waren schon damals zum Heeresdienst einberufen. Im Kreise haben 178 Mitglieder und 24 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Sozialistische Gemeindevertreter sind 115.

Die Presse hat in allen Orten erfreulich zugenommen. — Bildungsbestrebungen und Jugendfürsorge wurden naturgemäß vom Kriege ebenfalls stark beeinträchtigt. Aus dem Klassenbericht des Kasseler geht hervor, daß die Gesamteinnahme 12 535,94 M., die Ausgabe 4807,28 M. beträgt, so daß am Geschäftsjahreschlusse ein Kasseeinstand von 8228,71 M. vorhanden war.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war nur kurz. Beim Punkt „Presse“ besprach der Vorsitzende die geschäftlichen Ergebnisse der Chemnitzer „Volkstimme“. Ueber die Haltung der Zeitung ist zu sagen, daß im Kreise selbst wenig Aufstellungen gemacht worden sind. Im großen und ganzen erkennen die Genossen die Schwierigkeiten der Presse an und billigen die Haltung der Zeitung. Auch über diesen Punkt erfolgte nur eine kurze Aussprache, die sich lediglich um formale Dinge drehte. Ohne Widerspruch stellte der Kreisvorsitzende fest, daß die Funktionäre der Partei mit ganz wenigen Ausnahmen mit der Haltung der Zeitung einverstanden sind. Der Vertreter des Kreises im Reichstage, Genosse Molkenbühr, machte recht interessante Ausführungen über die gegenwärtige Situation und über die Tätigkeit des Parteivorstandes. Die bisherige Kreisleitung wurde einstimmig wiedergewählt.

Der Sozialdemokratische Verein für den 15. sächsischen Reichstagswahlkreis hielt am letzten Sonntag in Chemnitz seine Generalversammlung ab. Bis 31. März 1915 waren von den Organisationen 1950 Genossen einberufen, wovon 104 als gefallen und 189 als verwundet gemeldet sind. Der Kreis verfügt über 88 Ortsgruppen. Das allgemeine Parteileben, insbesondere die Verammlungsstätigkeit, hatte nach Ausbruch des Krieges zunächst empfindlich unter dessen Einwirkungen zu leiden. Die Kreisleitung hatte empfohlen, die Mitgliederversammlungen regelmäßig abzuhalten. Die Folge war auch, daß die im Berichtsjahr abgehaltenen 300 Mitgliederversammlungen fast die gleiche Zahl wie im Vorjahr (304) war. Nur die öffentlichen Versammlungen blieben infolge der gegebenen Verhältnisse um 500 (20 gegen 70 im Vorjahr) zurück.

Die Zahl der Mitglieder im Kreise beträgt 5249, und zwar 4663 männliche und 586 weibliche, gegen das Vorjahr 410 weniger, davon 401 männliche und 9 weibliche. Die Zahl der Abonnenten ist von 8651 auf 8850 gestiegen, das sind 190 mehr als im Vorjahr.

Die Jugendbewegung hält, trotzdem die Jugendauschüsse durch den Einzug zum Heere dezimiert wurden, mit ihren Veranstaltungen gleichen Schritt wie vormals. Ein genaues Bild über den Umfang der von den Körperchaften entfaltenen Tätigkeit ist erst nach dem Kriege möglich.

Die Kassenergebnisse schließen in Einnahme und Ausgabe mit 29 182,46 M. bei einem Kasseeinstand von 15 401,90 M. ab; davon befinden sich 4462,06 M. in den Ortsgruppen, 10 989,84 M. in der Kreisleitung. Die Verhältnisse der Kreisorganisation sind also als äußerst günstige zu bezeichnen. Von Neuwahlern wurde Abstand genommen und die bisherigen Funktionäre wieder bestätigt.

Dem Jahresbericht für 1914/15 des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. April 1914 9485 (8057 männliche, 1398 weibliche), am 31. März 1915 8861 (7547 männliche, 1314 weibliche). 3494 Mitglieder sind zum Heere einberufen und 159 gefallen. Mit dem Kasseeinstand von 6589,42 M. wurden vereinnahmt 29 988,77 M., ausgegeben wurden 24 880,72 M., so daß am 31. März ein Kasseeinstand von 2058,05 M. verblieb. Das Bildungswesen wurde in den ersten 4 Monaten weiter eifrig gepflegt. Die Verammlungsstätigkeit war eine sehr rege. Gemeindevertreter haben wir 53 in 17 Gemeinden, dazu kamen während des Burgfriedens 2 Magistratsmitglieder (Bielefeld) und 2 Mitglieder der Schuldeputation (Bielefeld und Schölsche). An Mitglieder im Heere und an Lazarette gelangten täglich 910 Exemplare der „Volkswacht“ zum Versand. — Die Generalversammlung am Sonntag erklärte sich nach einem Vortrage des Genossen Sebering über „Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft“ mit der Haltung der Reichstagsfraktion und der Parteiführer in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite völlig einverstanden.

Verlustlisten.

Die Sonder-Verlustliste des Deutschen Heeres (Innermittelle) Nr. 6 wird veröffentlicht.

Ferner werden Ermittlungen zu den Sonder-Verlustlisten Nr. 1 bis 5 mitgeteilt.

Die Verlustliste Nr. 239 der preussischen Armee enthält folgende Truppen:

Generalkommando des 23. Inf.-Korps; Stab der 2. Garde-Inf.- und der 50. Inf.-Brigade; 1. und 5. Garde-Reg. 3. u. 8.; Gren.-Reg. Alexander; Garde-Schützen-Bat.; Gren.-hgw. Inf.-hgw. Füsilier-Reg. Nr. 3, 5, 6, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18 (siehe Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhardt), 19, 22, 24, 25, 28, 29, 33, 34 (siehe auch Generalkommando des 23. Inf.-Korps), 36, 37, 40, 41, 42, 45 (siehe auch Inf.-Erf.-Korps-Reg. der 1. Kav.-Div.), 48, 50, 54, 55, 60, 61, 63, 65, 67, 70, 72, 73, 74, 75, 76, 78 (siehe Landw.-Inf.-Reg. Nr. 77), 79, 80, 82, 86, 87, 94, 97, 99, 109, 111, 116, 118, 131, 132, 135, 137, 138, 142, 143, 146, 147, 149, 152 (siehe Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhardt), 156, 160, 161, 164, 169, 170, 171, 174, 175; Inf.-Reg. Nr. 3, 5, 7, 13, 19, 23, 24, 29, 30, 32, 38, 40, 56, 57, 60, 71, 72, 73, 74, 80, 83, 87, 91, 111, 180, 202, 204, 206, 213, 215, 217, 220, 223, 225, 226, 227, 232, 233, 234, 240, 251, 253, 256, 261, 268; Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhardt; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7, 22, 46, 51, 53, 63, 74, 77, 81, 87, 109; Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 5 der Landw.-Div. v. Menges; Landst.-Inf.-Reg. Nr. 115; Besatzungs-Reg. Nr. 1 und 5 sowie der Besatzungs-Brigade Nr. 1 bzw. Nr. 4; Feld-Bat. Reifer des Detachements Plantier; Heberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 3 des dritten Armeekorps; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 15, 16, 33, 36, 41, 42, 49; Landst.-Inf.-Bat. I Diedenhofen, Goldap, Ronitz (XVII. 6), Rainz (siehe Landst.-Inf.-Reg. Nr. 115), Marienwerder, I Rawitzsch (siehe Bes.-Reg. Nr. 1) sowie der Bes.-Brig. Nr. 1), Stargard, III Tilsit, 3. Bahw. (VIII. 35); Jäger-Bat. Nr. 1, 4, 5, 9; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1, 14, 17, 18, 19; Radf.-Komp. Nr. 56 der 56. Inf.-Div.; Inf.-Erf.-Radf.-Komp. der 1. Kav.-Div.; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 34 (siehe Ref.-Jäger-Bat. Nr. 18), 91 (siehe Ref.-Jäger-Bat. Nr. 19), 93 (siehe Füsilier-Reg. Nr. 80), 104 (siehe Ref.-Jäger-Bat. Nr. 19), 108 (siehe Inf.-Reg. Nr. 132).

Regiment der Garde-du-Corps (siehe Garde-Gren.-Reg. Alexander); Kürassiere Nr. 3, 7, 8; Dragoner Nr. 12, 22; Ref.-Dragoner Nr. 3; Husaren Nr. 3, 5, 7, 8; Ref.-Husaren Nr. 8; Ulanen Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 1 (siehe Kav.-Reg. v. Bedel); 1. Feld-Kav.-Reg. des 6. Armeekorps; Kav.-Reg. Frhr. v. Schlottheim und v. Bedel; 1. mobile Erf.-Eskadron des 5. Armeekorps (siehe Kav.-Reg. Frhr. v. Schlottheim); 2. und 3. Landw.-Eskadron des 7. Armeekorps.

Feldartillerie: 5. Garde-Reg.; Reg. Nr. 2, 3, 5, 7, 8, 10, 14, 21, 22, 23, 25, 44, 50, 53, 59, 61, 63, 80, 83; Ref.-Reg. Nr. 20, 47; Landw.-Abt. des 1. Armeekorps; 2. Landst.-Batterie des 2. Armeekorps.

Fußartillerie: Reg. Nr. 1, 4, 6, 7, 13; Ref.-Reg. Nr. 1, 8, 9, 17; Ref.-Batterie Nr. 25.

Pioniere: 1. Garde-Bat.; Reg. Nr. 20, 30; Bat. I. Nr. 6, II. Nr. 11, I. Nr. 14, I. Nr. 15, II. Nr. 16, I. Nr. 17, II. Nr. 27; Ref.-Bat. Nr. 32; Erf.-Bat. Nr. 5, 6; Komp. Nr. 99, 111; Ref.-Komp. Nr. 43, 46, 51; 2. Landw.-Komp. des 11. Armeekorps; 1. und 2. Landst.-Komp. des 7. Armeekorps; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 109, 110, 111; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 37, 41.

Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe; Kavallerie-Kraftwagen-Kolonie Nr. 16.

Train-Abt. Nr. 16; Feld-Train-Eskadron des 7. Armeekorps; Divisions-Brückentrain Nr. 1; Fuhrpark-Kolonie Nr. 2 des 7. Armeekorps (siehe Feld-Train-Eskadron des 7. Armeekorps); Etappen-Fuhrpark-Kolonie Nr. 4 des 1. Armeekorps; Armierungs-Fuhrpark der Festung Posen.

Infanterie-Munitionskolonie Nr. 1 der 1. Division und Nr. 2 (ohne nähere Angabe); Feld-Artillerie-Munitionskolonie Nr. 4 und Artillerie-Munitionskolonie Nr. 9 des 2., sowie Munitionskolonien-Abteilung Nr. 1 des 3. Armeekorps.

Sonitais-Komp. Nr. 1 des 7. und Nr. 3 des 15. Armeekorps; Ref.-Sonitais-Komp. Nr. 18 der 25. Ref.-Div.; Lazaretttrupp des 4. Armeekorps.

Fortifikation Reg.-Bt. Armierungs-Bataillone. Bewachungskommando des Gefangenenlagers Kassel.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 133 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 192 meldet Verluste des Brigade-Erf.-Bat. Nr. 53; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.- und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 125, 126, 180.

Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26; Feldart.-Reg. Nr. 116.

2. Ref.-Pionier-Komp. Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Bewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Internationale.

Wir berichteten bereits darüber, daß das Bestreben, das internationale Buchdrucker-Sekretariat aus Deutschland verlegt zu sehen, von sieben angeschlossenen Verbänden mit 100 000 Mitgliedern abgelehnt worden ist. Auch der Versuch ist gemacht worden, das internationale Sekretariat der Buchbinder zu verlegen. Und Genosse Leipart, der internationale Sekretär der Holzarbeiter, ist im französischen Teil der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ scharf angegriffen worden. Daß auch die Überlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes angestrebt wird, ist durch den „Vorwärts“ gleichfalls bekannt.

Diese Bemühungen sind verständlich in unserer erregten Zeit. Eine Diskussion über ihre Berechtigung zu beginnen, dürfte aber kaum der gegedene Augenblick sein. Wir fürchten, daß keiner der Beteiligten zurzeit in der Lage wäre, die Gründe seiner Gegner objektiv abzuwägen. Dagegen scheint uns eine Bemerkung der „Gewerkschaft“, des Organs der Gewerkschaftskommission Desterreichs, beachtenswert. Dieses Blatt, das von Anton Hueber herausgegeben wird, schiebt alle Tagesstimmungen beiseite und sagt:

„Die realen Bedürfnisse der Gewerkschaften gestatten kein Schwelgen in himmelblauen Fernen, sondern verlangen gebieterisch einen starken gewerkschaftlichen Rückhalt, der unseres Erachtens nur gegeben sein kann in einem Lande, welches selbst eine kraftvolle und autoritäre Gewerkschaftsbewegung besitzt. Die Geschichte so mancher internationalen Fachvereinigung, auch die so mancher großen Gewerkschaftsaktion ist das beste Zeugnis für diese Anschauung.“

In der Tat wird durch diese Ausführungen auf einen Umstand hingewiesen, den Freunde und Gegner einer Verlegung der gewerkschaftlichen Internationale nicht gut unbeachtet lassen können. Wir hoffen aber, daß alle diese Konflikte in der Internationale der Arbeiterchaft, die im Kriege geboren sind, mit dem Kriege sterben werden.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsmarkt von Groß-Berlin.

Wie der Verband Märklischer Arbeitsnachweise berichtet, zeigte die Lage des Arbeitsmarktes für die Zeit vom 24. bis 29. Mai wenig bemerkenswerte Veränderung gegenüber den beiden Vorwochen. Die Zahl der vermittelten offenen Stellen bei den Groß-Berliner Arbeitsnachweisen ergab für männliche Arbeiter einen leichten Rückgang in der Pflingstwoche und einen weiteren in der letztvergangenen Woche, während das Angebot von Arbeitskräften ziemlich konstant blieb. Der Arbeitsmarkt für weibliches Personal zeigte hier in seinen Gesamtzahlen in der Pflingstwoche eine kleine Besserung, die aber in der letzten Woche wieder etwas nachließ. Das Angebot weiblicher Arbeitskräfte ging dabei schon in der Vorwoche etwas zurück. Für die letzte Woche kamen bei den Groß-Berliner Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen für männliche Arbeiter 110,5 Stellengeuche, während die Zahl für weibliche nur 92,6 betrug. Die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriezweigen ergibt keine wesentliche Veränderung gegenüber den Vorwochen. Die Nachfrage nach guten Arbeitskräften kann dauernd nicht befriedigt werden, und bei den vermittelten Arbeitskräften findet ein häufiger Wechsel statt, da viele für die angenommene Arbeit oft ungenügend sind.

Der Arbeitsmarkt für ungelernete Arbeiter wird von außerhalb noch stark beeinflusst. Zwar hat die Bestellung von Fortifikationsarbeitern für den Osten ganz aufgehört, aber die Rheinländische Schwerindustrie führt durch ihre hohen Lohnsätze und Reisevergütungen eine erhebliche Zahl ungelerner Arbeiter nach dem Westen. Auch in der vergangenen Woche fanden aus Berlin größere Arbeitertransporte statt.

Für weibliches Personal hat sich die Lage in der Munitionsindustrie und in der Sattlerei gebessert. Der Mangel an tüchtigem Kontorpersonal konnte nicht befriedigt werden. Eine regere Nachfrage zeigte sich auch nach Speiseträgerinnen für Restaurations- und Kaffeebetrieb. Während die Nachfrage nach Hauspersonal bei der jetzt begyennenden Reisezeit sich verringerte, wurden Frauen und Mädchen für landwirtschaftliche Arbeit, besonders zum Sortieren aus den Feldmieten ausgegrabenen großen Kartoffelbestände, lebhafter verlangt.

Die Schlichtungskommission der Militärattler.

Vor kurzer Zeit wurde in einer Versammlung der Militärattler Klage darüber erhoben, daß alle Versuche des Verbandes, die Schlichtungskommission zur Abhaltung einer Sitzung und zur Erledigung der zahlreichen Differenzfälle zu bewegen, ohne Erfolg geblieben sind. Um die Schlichtungskommission endlich zur Tätigkeit zu bewegen, wurde empfohlen, Alfordpreisverabredungen, die mit Änderung der Arbeitsmethode begründet werden, nicht anzunehmen, auch Überstunden zu verweigern, um dadurch die Unternehmer zur Anrufung der Schlichtungskommission zu veranlassen. Mit dieser Taktik hat sich inzwischen eine Vertrauensmännerversammlung einverstanden erklärt. Wie am Mittwoch in der Versammlung der Militärattler berichtet wurde, hat die Ortsverwaltung neuerdings noch andere Schritte getan, um die Schlichtungskommission in Wirklichkeit zu setzen. Die Ortsverwaltung hat beim Verbandsvorstand den Antrag eingereicht, die Sitzung der Schlichtungskommission dahin zu ändern, daß die Klagen gleich in erster Instanz beim Einigungsamt anhängig gemacht werden. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung des Pariausschusses verhandelt werden. Ferner hat die Ortsverwaltung an die zuständige Militärbehörde geschrieben und dargelegt, daß die Untätigkeit der Schlichtungskommission ein tarifwidriger Zustand ist, durch den die Arbeiter schwer geschädigt werden. Dies Schreiben ging am 25. Mai ab. Zwei Tage später hatte der Major vom Kriegsausrüstungsbeschaffungsausschuss eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Ortsverwaltung Genossen Schulze und dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission Fabrikanten Waldhaus. Darauf wurde dann am Mittwoch, den 2. Juni die erste Sitzung der Schlichtungskommission abgehalten, in der aber erst ein Teil der Streitfälle erledigt werden konnte. Hier zeigte sich, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen in vielen Fällen der tarifmäßige Lohn nicht gezahlt worden ist, so daß die betreffenden Fabrikanten zu Nachzahlungen verurteilt wurden, die manchmal recht beträchtlich waren. In einem Falle mußte der Unternehmer an einer Anzahl Arbeiterinnen für die in drei Wochen gelieferten Arbeiten über 3000 M. zu wenig entrichteten Lohn nachzahlen. Man kann es also verstehen, daß solche Fabrikanten kein Interesse an einer Einberufung der Schlichtungskommission haben. Aber nun ist die Kommission endlich in Tätigkeit gesetzt und in einigen Tagen tritt sie wieder zusammen, um auch die übrigen Streitfälle zu erledigen.

Ausland.

Die schweizerischen Tabakarbeiter für das Tabakmonopol.

Die im Schweizerischen Lebens- und Genussmittelarbeiterverband organisierten Tabakarbeiter haben auf einer in Bern abgehaltenen besonderen Konferenz beschlossen, ein nur föderales Tabakmonopol abzulehnen, dagegen dem staatlichen Tabakmonopol zuzustimmen, wenn dessen Erträgnisse zu Versicherungszwecken verwendet werden. Mit aller Entschiedenheit wird die Einführung einer Tabaksteuer abgelehnt. Die Konferenz wandte sich auch entschieden gegen das Vorgehen der

lokalen Tabakarbeitergewerkschaft Veinwil (Kanton Aargau), die in einseitiger Weise in einem „Mahnruf“ an die Bundesversammlung Stellung gegen das Tabakmonopol überhaupt nahm wie die Fabrikanten und Händler. Durch diese Broschüre wurden die Interessen der Tabakarbeiter verletzt und die Konferenz fordert daher die Gewerkschaft in Veinwil auf, sich dem Verbands der Lebens- und Genussmittelarbeiter anzuschließen.

Streik belgischer Vergleute.

Die Belegschaften der Gruben Charbonnages des Francais, Franz Bon-Duven, Charbonnages des Bonniers, Dorlez und Braconnier und auch die der Jechen in Zemppe zur Neuse, Hémaille-Grande und Seraing sind in den Streik getreten. Ihnen schlossen sich die der Jechen Batterie, Gérard-Cloze und Sannex an. Ebenso die Arbeiter in den Hüttenbetrieben von Dugrée-Marihay und Coderil.

Mehrfach ist es zu Madajuzenen gekommen, an denen hauptsächlich die jugendlichen Arbeiter beteiligt waren.

Die Forderung ist allenthalben Erhöhung des Lohnes, billigere Lebensmittel. Wie dem „Nieuwen Rotterdamchen Courant“ geschrieben wird, sind die Arbeiter in großer Erregung über die Menge seiner Backwaren und Ledereien, die in allgewohnter Menge in den Schaufenstern der Feinbäckereien, Konditoreien usw. ausgestellt sind. Sie fragen sich, wie das möglich ist, während sie nicht einmal genügend Brot haben.

Das Komitee der sozialistischen und der unabhängigen Arbeiterverbände des Arrondissements Lüttich hat einen Aufruf an die arbeitende Klasse und die gesamte Bevölkerung erlassen, in dem es heißt:

„Wir alle bedauern tief die regellosen Arbeitseinstellungen und erluchen die provinziellen, gemeindlichen Behörden, Unternehmerverbände usw., die Ursachen zu prüfen und mitzuwirken für Verbilligung der notwendigsten Lebensmittel als Brot, Kartoffeln, Speck usw.“

Die Unternehmer haben bereits versprochen, für einen Brotzuzug von 300 Gramm zu sorgen und hoffen, daß ihnen das gelingt. Wir hoffen, daß sie auch bezüglich Lohn und Arbeitszeit etwas tun werden.

Andererseits sind die Vertreter der Arbeiter mit den Behörden in Verbindung getreten wegen Festsetzung eines allgemein gültigen Preises für das Mehl, das man hofft, beschaffen zu können. . . .

Der Aufruf schließt mit einem Appell an den gesunden Verstand der Arbeiter und ihre Liebe zu ihrem Lande, um Ruhe zu bewahren und zu bedenken, welches die Folgen von ferneren Unruhen sein könnten. Das Komitee beschwört alle Arbeiter wie Unternehmer und jeden einzelnen, das seine zu tun, um Differenzen und Unglück zu vermeiden.

Aus Industrie und Handel.

Der deutsche Handel in China.

Petersburg, 2. Juni. „Nerich“ meldet aus Tokio: Die englische Regierung hat die japanische Regierung zu gemeinsamen Schritten aufgefordert, um den Handel Deutschlands und Oesterreich-Ungarns aus China zu verdrängen. Gerüchtwiese verlautet, daß die Vereinigten Staaten von China gleiche Rechte wie Japan verlangen.

Auf die zweite Kriegsanleihe waren bis zum 31. Mai 1918 211.100.000 M. oder 87,6 Proz. der Gesamtzeichnung eingezahlt. Gegenüber dem 22. Mai ist das ein Zuwachs um 148 Millionen M. Trotzdem haben sich die mit Hilfe der Darlehensklassen geleisteten Beiträge vermindert. Nach dem Stande vom 22. Mai hatten die Darlehensklassen für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe 138,2 Millionen M. hergegeben, nach dem Stande vom 31. Mai waren sie zu dem gleichen Zwecke nur noch mit 502,1 Millionen M. in Anspruch genommen.

Die Goldförderung der Welt. Charles Lionel Phillips machte in einer Jahresversammlung der Central Mining and Investment Corporation, von welcher „Morning Post“ vom 18. Mai berichtet, die Mitteilung, daß die Jahresförderung in 1914 sich auf 92 Millionen Pfund Sterling beziffert. Hier von wurden in Transvaal 35.588.000 Pfund Sterling gefördert.

Soziales.

Entlassung nach Lohnherabsetzung.

Das Gewerbegericht mußte gestern wieder einer Firma klarmachen, daß ein aus Anlaß des Krieges vereinbarter Abzug zur stillschweigenden Voraussetzung die Beschäftigung für die Dauer des Kriegszustandes habe.

Mitte August vorigen Jahres kündigte der Kaufmann Brandt, Inhaber eines Handhändlergeschäftes, seinen Fahrern an, er müsse wegen des schlechten Geschäftsganges entweder einen von ihnen entlassen oder allen den Wochenlohn um 10 M. kürzen. Wenn sie gute Genossen seien, dann würden sie sich, um die Entlassung eines Kollegen zu verhüten, mit der Lohnherabsetzung einverstanden erklären. Das taten die Fahrer dann auch. Als im April einer derselben entlassen wurde, beantragte er Nachzahlung des abgezogenen Lohnes in Höhe von 250 M. Der Kläger führte zur Begründung seines Anspruchs aus, er habe sich mit der Lohnkürzung nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß er während des Krieges nicht entlassen werde. Seine Entlassung sei nur deshalb erfolgt, weil er, als sich das Geschäft längst wieder gehoben hatte, den ihm tarifmäßig zustehenden Urlaub vom vorigen Sommer nachforderte. Der Beklagte behauptete dagegen, er habe den Fahrern nicht versprochen, während des Krieges keine Entlassung vorzunehmen, sondern er habe bei dem Vorschlag der Lohnherabsetzung sogar gesagt, wenn sich der Geschäftsgang noch weiter verschlechtern sollte, müsse einer der Fahrer entlassen werden. Das sei eingetroffen, infolgedessen sei der Kläger entlassen worden.

Zwei Stopferinnen bestätigten als Zeuginnen die Angabe des Beklagten. Eine der Zeuginnen, ein 16jähriges Mädchen, fiel dadurch auf, daß sie ihre Aussage wie am Schnürchen herlagte und ungefragt den für den Beklagten wichtigsten Punkt hervorhob: „Herr Brandt hat nicht gesagt, daß er während des Krieges niemanden entlassen werde.“ — Zwei Fahrer, die ebenfalls als Zeugen vernommen wurden, wußten nichts davon, daß für den Fall eines weiteren Geschäftsrückgangs eine Entlassung in Aussicht gestellt worden sei. Sie betonten, wenn sie mit der Möglichkeit einer Entlassung während des Krieges hätten rechnen müssen, dann würden sie nicht mit der Lohnherabsetzung einverstanden gewesen sein. — Ein fünfter Zeuge, der als Beauftragter des Transportarbeiterverbandes mit dem Beklagten verhandelt hatte, bekundete, daß Herr Brandt sich zu einer Erhöhung der herabgesetzten Löhne erst habe bewegen lassen, nachdem andere Geschäfte derselben Branche die Löhne längst wieder erhöht hatten.

Die Kammer 2 des Gewerbegerichts verurteilte den Beklagten, dem Kläger die geforderten 250 M. zu zahlen, weil in diesem Falle durch stillschweigende Voraussetzung das Übereinkommen getroffen war, daß der Kläger während des Krieges durchgehalten werden sollte, wenn dies auch nicht ausdrücklich gesagt war.

Ein Werkmeister als Arbeitgeber vorgehoben.

Eine zungunsten der Arbeiter in einer Fabrik für Militärausrüstung versuchte Schiedung wurde gestern von dem Gewerbegericht verurteilt.

Ein Sattler, der für die Firma Hermann Plum u. Co. Militärausrüstungsgegenstände angefertigt hatte, klagte bei der

Kammer 2 des Gewerbegerichts auf Zahlung von 72 M. Alfordlohn, der ihm verweigert worden war, weil die Arbeit angeblich fehlerhaft gewesen sein soll. Der Kläger hatte zuerst ein Probestück angefertigt, womit der Werkmeister Neumann sehr zufrieden war. Dann hat er einen größeren Auftrag erhalten. Bei der Abfertigung ladete der Werkmeister die Arbeit und meinte, es müsse eine Änderung vorgenommen werden. Der Kläger erklärte sich bereit, die Änderung auszuführen, aber der Werkmeister wollte die Änderung durch eine Arbeiterin vornehmen lassen und dafür 5 M. bezahlen. Um Geld zu bekommen, war der Kläger bereit, sich 5 M. abziehen zu lassen, obgleich er seine Arbeit für tadellos hielt. Aber er bekam überhaupt kein Geld und mußte sich deshalb an das Gewerbegericht wenden. Hier behauptete der Geschäftsführer und Teilhaber der Firma Hermann Plum u. Co. G. m. b. H., die ganze Sache gehe die Firma nichts an, Werkmeister Neumann habe die betreffenden Arbeiten als selbständiger Unternehmer auszuführen gehabt und müsse auch für den Lohn aufkommen. Der Geschäftsführer legte ein Schriftstück vor, worin der Werkmeister Neumann erklärt, er habe den Arbeitern die Löhne bezahlt, die Firma sei den Arbeitern nichts schuldig.

Dies Nachwerk konnte das Gericht natürlich nicht davon überzeugen, daß der Werkmeister einer Fabrik selbständiger Unternehmer sei. Das Urteil erging dahin, daß die beklagte Firma die Auftraggeberin des Klägers war und deshalb die geforderten 72 M. an ihn zu zahlen hat.

Unkenntnis über das neue Konkurrenzkaufgesetz.

Trotzdem das neue Wettbewerbsgesetz bald ein halbes Jahr in Kraft ist, zeigt sich in Arbeitsskreisen eine bemerkenswerte Unkenntnis über die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes. Nur so erklärt es sich, daß jetzt häufig Konventionalstrafen auf Grund von Verträgen eingeklagt werden, die nach den neuen Gesetzesbestimmungen jede Gesetzeskraft verloren haben. Erst gestern klagte wieder eine bekannte große Schuhfabrik vor der vierten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gegen ihren früheren Filialleiter auf Zahlung einer Konventionalstrafe von 3000 M. Der frühere Filialleiter hatte zwar zugestandenemachen das vertraglich vereinbarte Wettbewerbsverbot überschritten, die Klägerische Fabrik hatte sich aber, wie das neue Gesetz vorschreibt, nicht verpflichtet, den Angeklagten nach seinem Austritt mit der Hälfte seines Gehalts für die Zeit der Geltung des Wettbewerbsverbots sicherzustellen. Damit war die Klage auf Zahlung der 3000 M. ohne weiteres hinfällig, und die Fabrik zog auch nach der Rechtsbelehrung der Kostenerparnis halber die Klage zurück.

Lohnabzug für Krankheitsstage.

Vor dem Kaufmannsgericht wurde dieser Tage ein Prozeß gegen die Sauerstoffwerke, G. m. b. H., Trebbiner Straße 9, entschieden, in dem die von der Firma mit ihren Angestellten abgeschlossenen Verträge eine Beleuchtung erhielten. Ein Handlungsgehilfe verlangte mit der Klage 107,50 M. Diesen Betrag hatte ihm die Beklagte für Krankheitsstage abgezogen. Die beklagte Firma erachtete sich im Recht, denn § 1 ihrer Anstellungsbedingungen lautete:

„Die Bestimmungen des § 63 B.G.B. und § 616 B.G.B., welche beiden Teilen bekannt sind, werden ausdrücklich aufgehoben.“

Auf die Erwidernng des Klägers, solche Vereinbarung sei nichtig, er habe deren Tragweite nicht gekannt, entgegnete die Firma, diesem Einwand stehe die Einrede der Arglist entgegen. Die Firma habe annehmen müssen, der Kläger kenne die angeführten Paragraphen. Sei das nicht der Fall, so könne sie den Betrag aus § 119 B.G.B. anfechten. Denn sie hätte sich dann beim Engagement über eine wesentliche Eigenschaft des Angestellten im Irrtum befunden. Uebrigens: sei die erwähnte Klausel hinfällig, so sei es auch nach § 139 B.G.B. — der ganze Vertrag! Die Firma machte ferner noch geltend, der Kläger habe, als er einige Wochen nach Eintritt zwei Stunden fehlte, die Frage seines Vorgesetzten, ob er eine Krankheit habe, die ein längeres Fehlen zur Folge haben könnte, verneint und erwidert, von einer vorübergehenden Magenindisposition abgesehen, sei er seines Wissens völlig gesund. Tatsächlich sei er aber damals schon wegen Nervenschwäche in Behandlung gewesen. Auch hierin liege eine arglistige Täuschung, die zur Aufhebung des Vertrages berechtige.

Das Kaufmannsgericht, Kammer 5, verurteilte die Firma dem Klageantrag entsprechend. In der Begründung wurde ausgeführt: Die Kammer stehe im Gegensatz zu anderen Gerichten auf dem Standpunkt, § 63 Abs. 1 B.G.B. sei kein zwingendes Recht. Wenn aber eine Abweichung von dem Gesetz rechtsverbindlich ausbedungen werden soll, so müsse dieser Willen in einer ausdrücklichen Weise zum Ausdruck gelangen. Eine Fassung, die sich in der Bezugnahme auf Rechtsbestimmungen erschöpft und deshalb für den anderen Teil an der genügenden Klarheit ermangelt, sei nicht genügend, vielmehr rechtsunverbindlich. Darum sei aber keineswegs der ganze Vertrag hinfällig. Die Berufung auf § 139 B.G.B. sei verfehlt. Die Firma hätte damit rechnen müssen, daß ein Gericht die Abweichung von § 63 für unzulässig halte. Durch eine Reihe von Urteilen über die Pflichten des Gehilfen in Krankheitsfällen habe sie ihre Interessen überdies reichlich geschützt. Der Vorwurf der Arglist treffe ebensowenig dem Kläger gegenüber zu, wie etwa einer Rechtsprechung gegenüber der Vorwurf berechtigt sei, sie handle gegen Treu und Glauben, wenn sie § 63 für zwingendes Recht hält. Eine mangelnde Qualifikation des Gehilfen lasse sich aus einem etwa vorliegenden Mangel an Information über die Vertragsbedingungen keineswegs folgern. Ebensowenig treffe zu, daß der Kläger arglistig getäuscht habe. Dafür, daß er bei Abschluß des Vertrages gewußt habe, er würde später an Nervenschwäche erkranken, liege nicht der geringste Anhalt vor.

Die Entscheidungsgrunde treffen, abgesehen von der Ansicht, § 63 enthalte kein zwingendes Recht, durchaus zu. Das Verlangen, daß die Firma in ihren Vertragsbedingungen sich da, wo sie vom Gesetz zungunsten der Angestellten abweichen will, vollkommen klar ausdrücken müsse, entspricht der schon vom Obertribunal betätigten Auffassung (Wd. 17, S. 19). Erwägeln möchten wir noch, daß auch die Abdingung von der Regel des § 616 B.G.B. unzulässig ist, weil sie gegen die guten Sitten und gegen § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes verstößt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Im Westen etwas kühler und erfrischend weilt bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge. Später wieder auflarend. Im Osten zunächst sehr warm und vielfach heiter. Danach Gewitter Abkühlung.

<h3>Todes-Anzeigen</h3> <p>Heute von seinem Lieben starb als Opfer des Weltkrieges am 1. Juni im Feldlazarett unser lieber Sohn, der Möbelpolierer</p> <p style="text-align: center;">Richard Schulz</p> <p>im Alter von 27 Jahren.</p> <p style="text-align: center;">Dies zeigen tiefbetrübt an</p> <p style="text-align: center;">Familie Schulz</p> <p style="text-align: center;">Potsdamer Straße 18.</p>	<h3>Sozialdemokratischer Wahlverein</h3> <p>l. d. d. Berl. Reichstagswahlkreises.</p> <p>Potsdamer Viertel. Bezirk 348.</p> <p>Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Verber</p> <p style="text-align: center;">Wilhelm Kühne</p> <p>(Zuerst 9) gestorben ist.</p> <p style="text-align: center;">Ehre seinem Andenken!</p> <p>Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.</p> <p style="text-align: center;">Am rege Beteiligung ersucht</p> <p style="text-align: center;">212/14 Der Vorstand.</p>
---	---

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk N II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Führer **Wilhelm Klingauf** am 1. Juni gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gethsemani-Friedhofes in Nordend aus statt. Regre Beerdigung erwartet. **Der Vorstand.**

Nach langem, schwerem Leiden verschied mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Schlossmeister **Albert Gericke** im 64. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an **Frau Anna Gericke** geb. Andree. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des dritten Panower Friedhofes in Schönholz aus statt.

Arbeiter - Radfahrer - Verein Groß-Berlin. Am 2. Mai fiel als Opfer des Weltkrieges unser treuer Sportgenosse **Willi Kindler** (Abt. Weissenhof). Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Der Vorstand.**

Heute von seinem Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges, bei einem Sturmangriff am 11. Mai, unser lieber unvergesslicher Sohn und Bruder **Karl Trapp** (Erfahrungsschiff im 1. u. 2. Kompanie, 12. Kompanie, im 27. Lebensjahre). Dies zeigt im Namen der Familie **Johann Trapp** (Erfahrungsschiff im 1. u. 2. Kompanie, 12. Kompanie, im 27. Lebensjahre).

Karl Trapp Erfahrungsschiff im 1. u. 2. Kompanie, 12. Kompanie, im 27. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen der Familie **Johann Trapp** (Erfahrungsschiff im 1. u. 2. Kompanie, 12. Kompanie, im 27. Lebensjahre).

Emil Kirsch. Ehre seinem Andenken! 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

In Friedrichshagen, wo er Erholung erhoffte, starb am 31. Mai infolge Herzschlags unser allerbester Bekannter **Franz Michalak** im Alter von 55 Jahren. Abschied war er uns ein gedächter und humaner Vorgesetzter. Seine herzgewinnende Freundlichkeit und feine Gerechtigkeitsliebe werden uns unvergesslich bleiben und sichern ihm ein dauerndes, ehrendes Gedenken. Berlin, 3. Juni 1915. 1828/5 **Das Gesamtpersonal der Buchdruckerei Hempel & Co.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Juni 1915, nachmittags 4 Uhr, am dem Dreifaltigkeits-Kirchhof in Berlin, Bergmannstr. 39/41, statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Hermann Fischer** von der Firma Heinrich Hoffmann, Gubener Str. 47, am 1. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes, Nördl., Gde. Weststraße, aus statt. Am Tage Beerdigung eintritt 6/4/12 Die Bezirksverwaltung.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Am 24. Juni ist unser lieber Kollege **Emil Kirsch** (Ehre seinem Andenken!) 178/5 Die Erbenverwalter.

Richard Amft im Alter von 29 Jahren. Dies zeigt im Namen der Familie **Marie Amft** als Wittwe. Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des nördlichen Friedhofes, Nordend, Hermannstraße, aus statt.

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 22. Sitzungstag 3. Juni 1915 Nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten)

19 474 632 81 1179 498 626 680 833 (600) 2108 727 3133 71 258 696 907 4418 (1000) 72 90 760 (600) 905 666 (600) 6210 449 633 7321 528 8159 465 (1000) 9463 (600) 561 97 973 10111 (3000) 47 20 276 (500) 510 11003 212 93 414 583 717 59 (3000) 68 12 232 (3000) 414 707 13111 (500) 14071 216 331 858 904 32 (500) 15278 593 626 16128 96 (500) 271 (500) 334 923 17090 254 590 18111 78 307 65 441 777 19307 668 698 995 20299 379 665 857 901 8 (3000) und die Prämien von 30000 M., 2182 677 68 656 703 (1000) 98 805 934 65 22010 137 243 (1000) 502 (1000) 48 466 652 23147 (1000) 225 78 384 97 435 619 30 24222 459 25276 78 450 96 860 63 970 22610 200 76 427 665 27027 (500) 424 (3000) 641 993 28093 490 623 83 991 29124 730 831 30011 90 219 321 608 31079 83 470 645 82 662 32168 33088 674 94 (1000) 34017 (1000) 976 (500) 35516 78 26143 601 37144 281 648 38227 (3000) 307 508 977 39304 634 40294 436 639 72 811 44 901 41110 217 712 936 68 42006 410 (1000) 541 685 709 982 43145 (1000) 77 496 660 (500) 851 934 79 44240 60 438 687 87 (500) 836 588 (3000) 45017 29 296 307 633 701 (1000) 46375 662 (1000) 718 47190 381 446 (1000) 78 669 713 686 49380 494 923 50517 (10 000) 613 (3000) 829 51233 322 415 742 52025 126 230 (1000) 43 489 543 53 (1000) 898 53004 279 334 92 54194 395 426 (200) 949 55045 (500) 444 747 868 (1000) 56185 266 464 57275 680 (1000) 664 943 58336 818 766 92 94 801 59006 124 214 450 91 763 872 60362 348 65 698 800 61000 100 633 706 85 896 (1000) 62015 92 51 152 240 754 (500) 971 62468 83 783 64063 (500) 388 92 857 63141 808 66419 (500) 87 670 87 (500) 716 850 921 67535 605 756 68404 36 683 706 35 69192 373 440 626 70383 673 779 683 (3000) 71282 417 (500) 962 72228 344 741 847 677 73706 52 872 (1000) 96 74295 363 780 75977 960 76114 403 77110 88 360 483 78041 134 336 81 (5000) 402 78129 232 43 838 699 80369 683 81000 203 (500) 43 359 628 890 962 82182 696 916 83115 786 84237 310 85126 381 636 798 851 87014 (500) 169 681 88400 803 880 989 89073 673 684 859 76 91111 377 81 (500) 429 65 92028 (1000) 348 93 (1000) 455 (1000) 800 608 706 96 92328 962 963 94165 211 79 624 825 93807 562 703 989 95080 131 32 (1000) 68 (500) 325 614 727 36 885 97042 (1000) 169 221 740 939 98378 99096 262 64 5 88 824 100131 898 101210 916 (1000) 102118 358 (3000) 618 728 885 999 103173 234 78 (1000) 956 428 617 960 104201 916 105522 (1000) 778 966 108271 314 68 77 408 207 656 747 819 107139 435 521 (1000) 48 100111 103 259 350 (500) 663 893 (500) 923 (1000) 109313 624 804 983 110307 501 664 111442 500 112001 673 861 112369 466 (1000) 367 114141 232 650 745 897 964 115070 693 820 116160 442 518 17 670 731 117146 480 (500) 648 787 118009 484 678 119189 120245 95 772 (1000) 958 121309 554 681 (500) 779 829 978 122143 492 893 697 123121 (1000) 262 71 463 696 705

Verkaufe. Zehn Prozent Rabatt Vorratshilfen. Teppiche, Zimtisfide, vornehme Ausführung 3,75, 4,55, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabteilung. 438/2 **Gardineverkäufe.** Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,65 usw. C. Weigenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabteilung. 438/2 **Reisebeklände.** 1-3 Fenster Aufhängende, Plüschportieren, Kattunportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,85, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. **Zuchdecken, Vellendücken, Plüschdecken.** 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark. **Teppiche mit Webefehlern** 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabteilung. **Monatssängere.** nur wenig gefragt, Paletots, Hüter, Fellen, Gesellschaftssänger werden fortwährend verkauft. Die elegantesten Angebote sind schwebend billig zu haben. Hilberstraße Nr. 10. Kar. Weig. Große Frankfurterstraße 88. **Teppiche mit Reimen** Fehler, sehr billig, Gardinen, Portieren, Teppiche, Fellen, Hüden, Divandücken, sehr billig. Bornstraße 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Sackweber Markt 4 (Bahnhof Seite). 246/4 **Germanoplas 6.** Platinbleihaut, Oxidabziger Silberverlauf, Silberverlauf, Gardinerverlauf, Teppichverlauf, Wollverlauf, Goldverlauf, Epoxidische Lackverlauf, Gekochte Anzüge, Herrenhosen. **Teppich-Thomae.** Drahtstr. 44 (postfach) farbfehlende Teppiche, Gardinen, Vorratshilfen 5 Prozent Oxidabziger. 810/ **Leichenbuch** für Gartenfreunde. Ein Nachschlag für die Frage und nachgenommene Bewirtschaftung des häuslichen Tier-, Gemüse- und Obstgärtens von Kar. Weig. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Expeditionsbildern. Preis 3,50 Mark. Expedition Bornstraße, Lindenstraße. **Rinderwagen.** gebraucht, neu, Kolbenabtrieb, 68, III. 1826/6 **Vorjährige Herrenanzüge** aus feinsten Stoffen 14-28 Mark, Paletots 12-36, Beinleder 4-10, Brusthosenanzüge. Deutsches Gardinerverlauf, Große Frankfurterstraße 116 I. 728/2 **Leihhaus** Pringstr. 106. I. Etage, kaufen Sie alle Reparaturen wenig getragene Jacken- und Mantelanzüge, Paletots, Hüter, größtenteils auf Seide gearbeitet. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarberbe, enorm billig. Verkauf von Gold- und Silberwaren. Beste Gelegenheit aller Verläufe. 46/19/ **Möbel.** **Kriegshalber** Wohnungsanordnung, verlässige Küche, zusammen mit 228 (gewerblich). Händler arbeiten. Kolonnenstraße 57, vorn III bei Glnh. 46/3/ **Unterricht.** **Unterricht** in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschritten, einzeln oder im Zirkel, nach englischer Unterricht erteilt. Auch werden Heberleistungen angefertigt. G. Emsw. u. Weidm. Charlottenburg, Emtgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44/9/ **Verschiedenes.** **Patentanwalt** Müller, Glinhener Straße 16. **Patentanwalt** Müller, Glinhener Straße 16. **Patentanwalt** Müller, Glinhener Straße 16.

5. Preussisch-Süddeutsche (231. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 5. Klasse 22. Sitzungstag 3. Juni 1915 Nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II. Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St. M. f. S.) (Nachdruck verboten)

Zur Beachtung! Der Hauptzettel auf einen Gewinn der 5. Klasse der 231. Klasse enthält nach dem Ziehungsplan am 14. September 1915, wenn nicht das Gegenteil bis dahin dem zuständigen Lotterieverwalter zur Einsicht vorgelegt wird, ein Viertel angelegte Zettel der Gewinnzahl am 14. Oktober 1915. Sitzungstage der 5. (231.) Klassenlotterie Juli bis September 1915: 1. Klasse 9. und 10. Aufl. 2. 13. 14. August 3. 10. 11. September 4. 8. 9. Oktober 5. Festsetzt am 8. November

Vermietungen. **Mietsgesuche.** Suche einfach möbliertes Zimmer bei Parteilosen zu bewohnen, welcher mir gelegentlich seinen Schreibtisch zur Verfügung stellt. Fernblasse Offerten an Böhm („Bornstraße“), Kautzler Platz 14/15. **Stellenangebote.** **Ingenieur** Arbeiter zum Erlernen von Zettlerarbeiten sucht Herrmann G. m. b. H. Abteilung Zettler, Trammstraße 32. 448/ **Gewerbe** Gesellen auf Drillinge suchen sofort Beschäftigung Charlottenburg, Berlinerstraße 33. 458/ **Intelligente, jüngere Arbeiter** für kleinere Maschinenfabrikation gesucht. Hrn. J. Demming, Alte Jakobstraße 143. 1825/ **Flüchtlinge** 14-16jährige, für kleinen Privatbandstand, auch als zweites Hausmädchen und Kinder-mädchen nachmittags 4-7 Uhr im Zentralarbeitsnachweis, Abteilung für Hauspersonal, Gildhornstraße 1 (Ecke Potsdamerstraße), Bellevue-Allianzplatz 5, Gormannstraße 13, Alt-Neub. 38, Stoppentrage 1 (am Straßenverlauf). 249/12

Kaufgesuche. **Zahngehäuse:** Bruchgold, Silber-, Platinabzüge, Lueder, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle höchstehend. Schmelze Charlotten, Koenigs-straße 20a (gegenüber Wanteplatzstraße). 27/3/ **Kupfer!** Wenn! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Lueder-, Stanniolpapier, Platinabzüge, Zahngehäuse, Goldwaren, Silberabzüge, höchstpreis! Metallische Gegenstände, Brunnentrage 25 und Neudamm, Berlinerstraße 76. 27/6/ **Platin, Goldwaren, Silberwaren,** Zahngehäuse, Stanniol, Lueder-, Silber-, Nickel-, Kupfer-, Messing-, Platinabzüge, Zahngehäuse, Goldwaren, Silberabzüge, höchstpreis! Metallische Gegenstände, Brunnentrage 25 und Neudamm, Berlinerstraße 76. 27/6/ **Radradant** Streife, Koenigs-straße 37 I. 46/9/ **Platinabzüge, alte Goldwaren,** Silber, Messing, Lueder-, Silber-, photographische Rückstände, Wolfram, Platin, Goldwaren, Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Nickel, Aluminium sowie sämtliche Edel- und Unedelmetalle, deren Rückstände und Gebräue fast zu Höchstpreisen Schmelzerei Brod, Berlin, Koenigs-straße 29. Telefon: Koenigsplatz 3478. Eigene Schmelze (Abteilung). 46/10/ **Kupfer, Silber 180** Messing 120, alle Metalle höchstehend. Komete, Fabrikstraße 23, Kaden. 44/9/ **Tüchtiger Universal-Werkzeugschleifer** wird sofort verlangt. Glich n. Orzech, Berlin SO, Glienstr. 90/91. **Mehrere Metall-Former** sofort gesucht. H. Schaffstaedt G. m. b. H., Giessen. **Flüchtlinge** gegen sofortige Vergütung gesucht. Brummel, Galenice, Sektortr. 19. 47/4/ **Lehrmädchen** gegen sofortige Vergütung gesucht. Brummel, Galenice, Sektortr. 19. 47/4/ **Patentanwalt Müller, Glinhener** Straße 16. **Patentanwalt Müller, Glinhener** Straße 16. **Patentanwalt Müller, Glinhener** Straße 16.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Neudamm. Für den Inzeratenteil verantwortlich: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadtverordnetenversammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Juni 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des neugewählten Vertreters des 4. Bezirkes II. Abteilung, Kaufmanns Heinrich North, Lützowstr. 78, der darauf auf die Städteordnung verpflichtet wird.

Ein Antrag sämtlicher Fraktionen geht dahin: Die Versammlung beschließt, in die Prüfung der Frage einzutreten, ob und in welchen Punkten die bestehende Geschäftsordnung abzuändern und zu ergänzen ist, und setzt zu diesem Zweck einen Ausschuß von 15 Mitgliedern ein.

Nach kurzer Empfehlung durch die Stadtv. Mommjen (Fr. Fr.), Kaempf (Linke) und Peimann (Soz.) wird der Antrag einstimmig angenommen.

Zum Abzug der an der verlängerten Charlottenstraße gelegenen Siebelwand der Markthalle II und zur Herstellung eines neuen Einganges in dieser Wand sollen 10000 M. bewilligt und aus dem Erneuerungsfonds der Markthallenverwaltung entnommen werden.

Die Annahme der Vorlage erfolgt ohne Diskussion. Dem Ausschuß für Unbesoldete überwiesen wird die Vorbereitung der Wahl von 3 Bürgerdeputierten in den künftigen Aufsichtsrat der städtischen Elektrizitätswerke Berlin.

Die Vermehrung der Zahl der in der Blinden-Deputation sitzenden Stadtverordneten von 4 auf 5, wie sie die Versammlung am 17. Dezember 1914 gewünscht hat, ist vom Magistrat abgelehnt worden, da er zwingende Gründe zur Vermehrung nicht als vorliegend anerkennt und ohne solche der Verschiebung des Zahlenverhältnisses in der Deputation nicht nähertrien will.

Die Versammlung nimmt die bezügliche Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis; eine Debatte wird daran nicht geführt.

Zur Beseitigung des Engpasses in der Hasenheide soll das Grundstück Hasenheide 1/Kottbuser Damm 43 freihändig, das vom Grundstück Hasenheide 2/1, Eigentümers Kriemey, benötigte Straßensand im Enteignungsverfahren erworben werden.

Auch diese Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 6 Uhr.

Mehr Entbindungsanstalten in Berlin!

Uns wird berichtet: Daß der Neuanfrottung dieser bedeutungsvollen Frage durch den „Vorwärts“ im Anschluß an die den Lesern bekannten bebauerlichen Vorkommnisse war unsere alte Forderung in den Vordergrund der Erörterungen gerückt worden: „Einrichtung von Gebäranstalten in ausreichender Zahl, besonders in den dichtbevölkerten Arbeitervierteln, und das Recht der bequemen Krankenpflege durch Minderbemittelte.“ Dem entsprechend ward der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege der Antrag unserer Genossen Koblentz und Dr. Wehl unterbreitet: „Die Stadt wolle in unüchtlicher Vorsehung Einrichtungen treffen, um den zahlreichen zur Zeit ihrer Entbindung entgegenstehenden Frauen Gelegenheiten zu bieten, unter sachverständiger Pflege entbunden zu werden.“ Der Antrag wurde zur Vorberatung einem Ausschuß überwiesen, dem Geheimrat Bumm, der Direktor der Königl. Frauenklinik, eine ausführliche Denkschrift zur Organisation der öffentlichen Geburtshilfe in Berlin zur Verfügung stellte. Die Verhandlungen, an denen Geheimrat Bumm persönlich teilnahm, waren allseitig von einem hohen sozialen Verständnis getragen, dem Grundsatze entsprechend, daß Mutter und Kind einen hohen Nationalwert darstellen, der besonders jetzt geschützt und erhalten werden muß.

Die Forderung, die im Rathaus bestehende Zentralmabstelle für den Nachweis freier Betten in den Krankenanstalten Groß-Berlins dahin zu erweitern, daß aus allen öffentlichen und den größeren privaten Entbindungsanstalten täglich zweimal die Rapporte über die Zahl der Betten einlaufen und auf Fernsprecher „Magistrat Berlin“ den Frauen, Hebammen, Ärzten mitgeteilt werde, wo Betten frei sind — ist bereits durchgeführt. Der Transport gebärender Frauen soll möglichst nur mit Krankenwagen geschehen. Durch entsprechende Verträge mit dem Verband für Krankentransport ist dafür zu sorgen, daß dieser auf Anruf seine Krankenwagen jederzeit zur Verfügung stellt, und die Verrechnung der Kosten, welche die Gemeinde oder die Krankenkasse zu zahlen hat, erst nachträglich geschieht. Der Verband für erste Hilfe hält nicht nur am Tage, sondern auch nachts stets Fahrzeug bereit oder stellt es wenigstens auf Verlangen mit solcher Beschleunigung, daß es etwa 5 Minuten nach Anruf abfährt. Der Verband fragt wohl, wer die Kosten bezahlt, macht die Entsendung des Wagens jedoch nicht von einer befriedigenden Antwort abhängig, sondern regelt die Kostenfrage erforderlichenfalls später.

Eine durchgreifende Abhilfe der vorhandenen Mißstände wird sich nur erzielen lassen, wenn überall in Groß-Berlin gemeinsame Maßnahmen getroffen und bei der Versorgung hilfesuchender Gebärender kommunale Grenzen ausgehakt werden; Frauen in der Geburt, welche sich an öffentliche Anstalten wenden, sollen als Notfälle angesehen werden, in welchen die Frage der Übernahme der Kosten unbeschadet der sofortigen Aufnahme erst nachträglich zu regeln ist. Die Verhandlungen mit den Nachbargemeinden wegen der zu treffenden gemeinsamen Maßnahmen sind mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten.

Unzweifelhaft wird bei richtigem Funktionieren der genannten Einrichtungen die Verteilung der hilfesuchenden Gebärenden auf die zur Verfügung stehenden Anstalten eine gleichmäßige und damit die Wahrscheinlichkeit von Abweilungen eine geringere werden. Der regelmäßige Transport in Krankenwagen wird verhindern, daß Gebärende auf der Straße herumirren und nach Hilfe suchen müssen. Wenn auch das Bedürfnis nach Platz durch eine zweifelhafte Verteilung der Frauen auf die freien Betten in den vorhandenen Anstalten vermindert wird, so bleibt doch für jene Bezirke von Berlin, die weitab von Gebäranstalten liegen, das Bedürfnis für Vermehrung von Entbindungsgelegenheiten bestehen, zumal die eigenartigen Verhältnisse bei der Geburt oft rasche Hilfe erfordern, und erfahrungsgemäß nach Mitternacht in den Außenquartieren das Herbeiholen der Krankenwagen sich schwierig gestaltet. Man soll zur Dezentralisation der öffentlichen Geburtshilfe zur Errichtung etwa 4—8 kleiner Gebäranstalten an Stelle neuer großer Anstalten überlegen. Grundätzlich erklärte sich der Ausschuß mit der Einrichtung einiger Gebäranstalten, deren Bettenzahl 8—10 in der

Regel nicht überschreiten darf, einverstanden. Da jedoch der Norden und der Westen Berlins mit Gebäranstalten weit besser versorgt ist als der Süden und der Osten, beschloß der Ausschuß der Deputation vorzuschlagen, zunächst im Krankenhaus am Urban und im Krankenhaus am Friedrichshain zweckentsprechende Einrichtungen für Gebärende zu treffen, die Schaffung weiterer Anstalten jedoch im Auge zu behalten.

Diese Vorschläge des Ausschusses sind in der am jüngsten Mittwoch stattgehabten Deputations-sitzung vollinhaltlich und einstimmig gutgeheißen und damit der Antrag unserer Genossen zum Beschluß erhoben worden.

Dieser erfreuliche Erfolg der vom „Vorwärts“ gegebenen Anregung erfüllt mit Genugtuung. Es sei nur noch wiederholt darauf hingewiesen, daß schwangere Frauen sich rechtzeitig und nicht erst im letzten Augenblick an das zuständige Bureau des Nationalen Frauendienstes oder an die proletarische Wöchnerinnen-Fürsorge — Engelauer 21 — wenden möchten, wo ihnen hilfsbereit Rat und Hilfe zuteil wird.

Aus Groß-Berlin.

Sherabhebung der Kartoffelpreise in Berlin.

Eine Ermäßigung des Preises der städtischen Kartoffeln hat nun auch der Berliner Magistrat beschlossen. Die Kartoffeln sollen zum Preise von 50 Pfennig für 10 Pfund dem Publikum zugeführt werden. Eine Beschränkung auf die Gewichtsmenge und den Kreis der Käufer ist nicht mehr vorgegeben. Der Magistrat wird die Kartoffeln an Kleinhändler, welche deren Vertrieb übernehmen wollen und sich zur Einhaltung des festgesetzten Verkaufspreises verpflichten, unter Gewährung eines entsprechenden Rabatts direkt abgeben. Die näheren Bedingungen sind in dem städtischen Bureau der Abteilung für Kartoffelversorgung, Stralauer Straße 3—6, zu erfahren.

Zusatzbrotkarten in Sicht.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Reichsverteilstelle aus den für das laufende Erntejahr verfügbar gebliebenen Mehlbeständen gewisse Mengen den Gemeinden zu überweisen, damit diese sie zu Zusatzbrotkarten für die schwerarbeitende Bevölkerung verwenden. Die Beratungen werden aller Voraussicht nach in den nächsten Tagen abgeschlossen sein und dazu führen, daß die schon seit längerer Zeit auf demselben Gebiete bestehenden Groß-Berliner Absichten verwirklicht und wahrscheinlich erweitert werden können.

Die Groß-Berliner Brotkommission wird noch in der nächsten Woche zur endgültigen Entscheidung auf Grund des Beschlusses der Reichsverteilstelle im Berliner Rathaus zusammentreten.

Mit der Vorbereitung dieser Entscheidung für Berlin und die Nachbarorte ist bereits eine Unterkommission befaßt.

Bei der Razzia im Treptower Park

Von der wir im letzten Montagblatt kurz berichteten, sind am 28. Mai, wie der amtliche „Treptower Anzeiger“ mitteilt, 74 männliche und 33 weibliche Personen festgenommen worden. Mit Ausnahme von vier Personen, die ohne Wohnung waren, wurden sämtliche Festgenommene nach Prüfung ihrer Personalien wieder entlassen. Der Aufwand stand also in keinem Verhältnis zu dem Erfolg. Es sind 103 Erholungssuchende völlig unnötig festgenommen worden. Dazu schreibt uns eine Treptower Einwohnerin:

Wir Treptower haben uns mit den zahlreichen Liebespärchen, die den Treptower Park mit Vorliebe aufsuchen und auch in jeder anderen öffentlichen Parkanlage zu finden sind, längst abgefunden. Eine Streife auf solche Pärchen erscheint uns schon deshalb nicht praktisch, weil ja bei dem Umfange des Parkgeländes und des angrenzenden Plänterwaldes doch immer nur sozusagen Stichproben gemacht werden können. Die meisten Pärchen, die vielleicht bei sehr nervösen und empfindlichen Naturen Vergernis erregen, drücken sich schleunigst, während zahlreiche, ganz harmlose Personen festgenommen werden. Letzteres kann also am hellen Tage und auch Treptower Frauen und Mädchen passieren, wenn wir nicht zufällig den Wohnungsausweis bei uns führen. Nach Einbruch der Dunkelheit geht es ja auf den Bänken und in den Büschen nicht immer vollkommen einwandfrei zu, aber das geniert dann nicht, wenn es den Pliden entzogen bleibt. Außerdem ändert eine gelegentliche Streife an diesen allbekannten Zuständen so gut wie gar nichts. Wir können uns auch wirklich nicht beklagen, daß man im Treptower Park am hellen Tage oder selbst abends belästigt wird. Was in dieser Beziehung vorkommt, sind Ausnahmen. Viel lieber würden wir es sehen, daß die Behörde einschreitet gegen das skandalöse Kadastreieren der Treptower Realgymnasialisten in den Treptower Wohnstraßen, wogegen sich ohne Erfolg selbst schon das Treptower Amtsblatt gewendet hat.

Sofort 500 Arbeiterinnen gesucht!

Frauen und Mädchen, die Arbeit haben wollten und sich auf eine Annonce der „Morgenpost“ meldeten, mußten eine recht bittere Enttäuschung erleben. Am Dienstag, 1. Juni, las man in dem genannten Blatt: „500 Frauen und Mädchen außer dem Hause für allerleichteste Militärarbeit, garantiert dauernde Beschäftigung, lohnender Verdienst, sucht sofort Grünbaum, Poststraße 47.“ Es ist begreiflich, daß auf dieses verlockende Angebot viele Arbeiterinnen eingingen, um sich die in Aussicht gestellte Arbeit zu verschaffen. Wenn „dauernde Beschäftigung“ und „lohnender Verdienst“ sogar „garantiert“ wird, dann kann das heute bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht seine Wirkung auf Arbeiterinnen verfehlen. In großer Zahl begaben sie sich am Dienstag aus den verschiedensten Gegenden Berlins nach der Poststraße und hofften nun, bei dem sofort 500 Frauen und Mädchen suchenden Herrn Grünbaum auch sofort Beschäftigung und Verdienst zu finden. Sie waren sehr unangenehm überrascht, als bei Herrn Grünbaum ihnen gesagt werden mußte, er habe heute für sie keine Arbeit, sie sollten an einem anderen Tage wiederkommen. Vor dem Hause sammelten sich Frauen und Mädchen an, die alle dieselbe Enttäuschung gehabt hatten und nun erregt besprachen, was da zu tun sei. Auch die Polizei soll davon in Kenntnis gesetzt worden sein, welche Erfahrungen die Arbeitssuchenden mit Herrn Grünbaums Annonce gemacht hatten, aber sie konnte ihnen nicht helfen. Eine Arbeitssuchende, die am Dienstag bei Herrn Grünbaum die Auskunft erhielt, heute sei noch keine Arbeit da, am Freitag solle sie wiederkommen, geflätzte sich, zu fragen, ob er eine bestimmte Zulage machen könne. Wie so manche andere Arbeitssuchende, war sie aus einem entfernten Stadtteil gekommen und hatte Fahrkosten gehabt, die sie nicht zum zweiten Male vergeblich drangeben wollte. Auf

ihre Frage erhielt sie jetzt die kurze Antwort: „Wenn Sie nicht wollen, brauchen Sie gar nicht wiederkommen. Arbeit ist genug da, nur heute noch nicht.“ Was mag der Mann sich wohl gedacht haben, als er die 500 Arbeiterinnen „sofort“ suchte?

Grob, aber praktisch.

Im Treptower Plänterwald zieht sich zwischen der Treptower Chaussee und den „Eierhäusern“ eine wunderhübsche Laubenkolonie hin. Es ist eine langgestreckte Reihe von etwa anderthalb Duzend besseren Laubengärten, zu deren Anlage und Instandhaltung schon ein erhebliches Kapital gehört. Hier hat sich nun einer der Gartenbesitzer an der Eingangstür zu seinem Pachtbesitz mit folgender Gallsigkeit verewigt:

„Weil ich mich erholen will, bitte ich dringend, mich von jeder Gastfreundschaft zu entbinden.“

Das ist deutlich. Wer da als guter Bekannter oder Verwandter hinfindet, verzichtet sicher darauf, sich auf fremde Kosten ebenfalls zu erholen.

Esst mehr Gemüse!

Diesen freundlichen Rat erteilt der Magistrat den Berliner Hausfrauen durch folgende Mahnung:

In städtischen Kreisen, insbesondere in denen der Markthallenverwaltung, ist beobachtet worden, daß große Mengen frischen Gemüses — gegenwärtig namentlich Spinat — Absatz nicht finden und so der Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind. Dieser Umstand gibt besonderen Anlaß, darauf hinzuweisen, wie förderlich gerade der Gemüsegenuß der Gesundheit ist. Es kann daher den Hausfrauen auch schon aus Ersparnisgründen nicht angelegentlich genug empfohlen werden, die etwas größere Mäße bei Zubereitung von Gemüse nicht zu scheuen und statt der Fleischnahrung der Gemüsenahrung einen größeren Umfang im Haushalt einzuräumen, besonders in der heutigen Zeit. Ebenso kann unseren Gastwirten nur dringend nahegelegt werden, gleichfalls in erhöhtem Maße Gemüsebeigaben, wenn möglich überhaupt zu jeder Fleischspeise, die dann wohl sehr gut eine Verringerung erfahren könnte, einzuführen.

Dadurch wird gewiß sowohl der jetzigen Zeit wie der Volksernährung aufs beste Rechnung getragen.

Dieser Rat ist sicher gut gemeint, aber seiner Ausführung stellen sich manche Hindernisse entgegen. Frisches Gemüse kann nicht nur mit Wasser gekocht werden. Das Fett ist aber sehr teuer, von Fleisch schon gar nicht zu reden. Dann aber hat das frische Gemüse, wie Kohlrabi u. dgl., heute noch einen Preis, der für breite Kreise der Bevölkerung noch unerschwinglich ist.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin

für die Woche vom 17. bis 23. Mai 1915.

1. Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 308 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 87; an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 20, bewilligt 182. Ausgeschieden aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 218 Personen. 473 männliche und 4275 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 19 681 M., davon je 4 M. 4059 Personen, je 5 M. 680 Personen.

2. Von der Stadt wurden an 897 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestellten-Organisationen, die selbst sachgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 3022,91 M. gezahlt. Hierunter sind auf die freien Gewerkschaften 824 Mitglieder mit 2753,75 M. (und zwar Metallarbeiter 486,80 M., Holzarbeiter 650,75 M. usw.)

3. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 31 320 bei ihr überhaupt bis zum 22. Mai 1915 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 000 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind 6 Personen hinzugekommen. In der Berichtswoche sind 1461 M. an 231 Personen gezahlt worden.

Neukölln erhält Garnison.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitzuteilen weiß, beabsichtigt die Militärverwaltung vom Juli oder August d. J. ab die Eriagformation des Infanterie-Regiments Nr. 64 — etwa 4000 Mann — nach Neukölln in Garnison zu legen. Die Mannschaften werden wahrscheinlich im alten Rathaus und in Gemeindefakultäten untergebracht werden. Diese Garnison soll aber nur für die Dauer des Krieges bestehen bleiben.

Schulfeiern finden heute auf Veranlassung des Oberkommandos aus Anlaß des Falles von Pryemysl statt, nach denen die Kinder nach Hause entlassen werden.

Der städtische Verkauf von Fleisch- und Fettwaren hat dadurch eine Erweiterung erfahren, daß der Berliner Magistrat von heute ab in den Verkaufsstellen der Markthallen ein Zweifelfett feilbietet läßt, das zu 90 Proz. aus Schmalz und zu 10 Proz. aus Pflanzenfett besteht. Der Verkaufspreis ist auf 1,50 M. pro Pfund festgesetzt. Die Abgabe findet nur in Mengen von einem Pfund statt.

Ein neuer Wochenmarkt hat sich am Blücherplatz aufgetan.

Eine Zusammenkunft der aus Italien geflüchteten Deutschen findet am Montag, den 7. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Berliner Lehrervereinshaus (Saegers Festhalle) am Alexanderplatz statt. Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle des Flüchtlingskomitees, Berlin C 2, Burgstr. 29, zu richten.

Aus den Gemeinden.

Gestellungspflicht des jungen Landsturms.

Zur Kreise Teltow sowie in verschiedenen Vororten ergeht jetzt an die Wehrpflichtigen, die in der Zeit vom 1. Januar 1896 bis 30. Mai 1898 geboren sind, die Aufforderung, sich zur Landsturmrolle zu melden. Wir ersuchen daher, die örtlichen öffentlichen Bekanntmachungen zu beachten.

Aus der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer Sitzung vom Mittwoch zunächst Kenntnis von der Mitteilung des Magistrats, wonach einem Beschlusse der Unterstützungskommissionen zufolge in Zukunft ein Arbeitsverdienst unter 10 M. auf die Unterstützungen der Arbeiterfamilien überhaupt nicht mehr, und wenn der Verdienst

mehr als 10 M. monatlich beträgt, nur noch der 10 M. übersteigende Betrag zur Hälfte angerechnet werden soll. Im übrigen soll es bezüglich der Unterführungen bei der bisherigen Praxis sein Bewenden haben. Die Mitteilung betreffend Kriegsmassnahmen, über die wir noch berichten, sowie die Mitteilung betreffend Bestimmungen über die Abgabe von Brot und Mehl wurden gleichfalls durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Mit den Verhältnissen des Deutschen Opernhauses hat sich eine gemeinsame Deputation von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung beschäftigt, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Opernhauses sind eingehend geprüft worden. Magistrat, gemischte Deputation und die bereits bestehende ständige Deputation sind einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Verwaltung des Opernhauses in der Kriegszeit sparsam und sachgemäß gewirtschaftet hat. Wenn auch für das laufende Geschäftsjahr eine Pachtzahlung nicht zu erwarten ist, so ergibt doch ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben während der Kriegszeit mit denen der gleichen Zeit des Vorjahres, daß dies lediglich eine Folge des Krieges ist. Es ist zu erwarten, daß das Unternehmen in normalen Zeiten seine vertraglichen Verpflichtungen gegen die Stadt erfüllen kann. Nach Ansicht des Magistrats liegt deshalb zurzeit kein Anlaß vor, die Gewährung eines Zuschusses der Stadt durch teilweisen Pachtzuschlag für die Zukunft überhaupt zu erörtern. Dieser Ansicht schloß sich auch die Stadtverordnetenversammlung an.

Entsprechend dem Bericht des Ausschusses beschloß die Versammlung ferner, daß Hypothekeneintragungen sofort in Kraft treten zu lassen mit der Maßgabe, daß die bisherigen Vorschriften über die Voraussetzungen für die Weisigerchaft aufgehoben werden und die Auswahl der Weisiger in das freie Ermessen des Magistrats gestellt wird. Der weitere Beschluß des Ausschusses, wonach beim Minister des Innern die Zwangsbeschlüsse beantragt werden sollen, ist bereits überholt, da die Zwangsbeschlüsse inzwischen von der Regierung erteilt worden sind. Es soll je nach dem Bedürfnis davon Anwendung gemacht werden.

Die Wahlen der am 3. Mai gewählten Stadtverordneten Justizrat Lehner (lib.) und Kagenstein (Soz.) wurden für gültig erklärt.

Ferner bewilligte die Versammlung 5000 M. aus dem Dispositionsfonds zu dem Zweck, bei Bedürftigkeit an die Hinterbliebenen von städtischen, als Kriegsteilnehmer verstorbenen Lehrpersonen für das laufende Rechnungsjahr in ähnlicher Weise Unterstufungen zu gewähren, wie solche an die Hinterbliebenen anderer städtischer Bediensteten aus den dazu vorhandenen besonderen Stiftungen gewährt werden können. Auch die Vorlage betreffend Hinterbliebenenversorgung der besoldeten Magistratsmitglieder fand die Zustimmung der Versammlung. Die Vorlage betreffend Ablauf der Wahlzeit des Stadtrats soll wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. Debattellebte angenommen wurde endlich die Vorlage betreffend Eröffnung der Frauenschule in der früheren Eppenheimer Villa zum 1. Oktober 1915. Die Frauenschule soll die wissenschaftliche Bildung in den Hygien, ergäuzen und den jungen Mädchen diejenigen Kenntnisse vermitteln, die erforderlich sind, um sie einzuführen in den Pflichtenkreis des häuslichen wie des weiteren Gemeinschaftslebens, in die Elemente der Kindererziehung und Kinderpflege, in Hauswirtschaft, Gesundheitslehre und Wohlfahrtkunde. Allerdings kommt die Schule nur für die Töchter besitzender Kreise in Betracht, da das Mindestschulgeld 150 M. pro Jahr beträgt.

Neuköllner Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Entsprechend den von der Provinz Brandenburg aufgestellten Leitlinien für die Fürsorge der Kriegsbeschädigten unterbreitete kürzlich der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die nach einer kurzen Besprechung dem Sonderausschuss III der Kriegsnotsstandskommission zur endgültigen Erledigung überwiesen wurde. Der Ausschuss beschloß in dieser Angelegenheit folgendes:

Der nach den Grundzügen der Provinzialverwaltung vorgesehene Kreisrat wird gebildet aus der Gewerbe-Deputation, welche durch drei der Stadtverordnetenversammlung als Mitglieder angehörende Kreize vertritt wird. Der Deputation wurde das Recht eingeräumt, weitere Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. deren Organisationen und sonstige Sachverständige hinzuzuziehen. Zur Durchführung der Beratung und Fürsorge in den Einzelfällen wird eine Beratungs- und Fürsorgekommission eingerichtet. Die Geschäfte der Fürsorgestelle sowie die büroamtliche Bearbeitung der allgemeinen Angelegenheiten der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden vorläufig durch die Zentrale für freiwillige Kriegswohlfahrtspflege wahrgenommen. Der Fürsorgestelle obliegt u. a. auch der Verkehr mit den Lazaretten, den Arbeitsnachweinstellen und der Provinzialverwaltung. — Es wird beabsichtigt, die im Interesse der Fürsorge etwa erforderliche notwendige sozialärztliche Behandlung dem städtischen Krankenhaus oder anderen nach zu bestimmenden Spezialanstalten zu übertragen. Der Plan, dem städtischen Arbeitsnachweis eine besondere Abteilung für Kriegsbeschädigte anzugliedern, ist fallengelassen worden. Die Arbeitsvermittlung der in Neukölln wohnhaften Kriegsbeschädigten soll in Gemeinschaft mit der für Groß-Berlin geplanten zentralen Vermittlungsstelle geregelt werden. Für die erforderlichen Verwaltungskosten wurde ein Betrag von 10 000 M. bereit gestellt, der den Kriegskosten entnommen werden soll.

Kleinwohnungsmangel in Schöneberg.

Vom Magistrat der Stadt Schöneberg erhalten wir die nachfolgende Mitteilung über die Wohnungsaufsicht.

In Schöneberg wird die Wohnungs- und Schlafstellenaufsicht, wenn auch in vermindertem Umfange, während des Krieges aufrecht erhalten, um nach Möglichkeit einer Verschlechterung des Wohnungswesens vorzubeugen. Es finden insbesondere außerordentliche Verfügungen auf Antrag statt. Die Schlafstellenaufsicht wird gemäß den früheren Vereinbarungen mit dem königlichen Polizeipräsidium entsprechend den Vorschriften der Polizeiverordnung betreffend das Schlafstellenwesen vom 19. April 1913 ausgeübt. Besondere Aufmerksamkeit wird im Sinne der Militärmedizinalverwaltung den Wohnverhältnissen der Familien tuberkulöser Krieger gewidmet. Als legensreich hat sich während des Krieges die Tätigkeit des städtischen Wohnungsnachweises erwiesen, welcher der Wohnungsinpektion angegliedert ist. Die Vermietung ist gemäß den Bestimmungen einer Polizeiverordnung verpflichtet, alle Kleinwohnungen, welche aus nicht mehr als zwei Zimmern und Küche bestehen, beim Wohnungsnachweis anzumelden. Die Vermittlung des Wohnungsnachweises ist seit Kriegsausbruch auch auf größere Wohnungen, leere und möblierte Zimmer ausgedehnt worden, ohne daß für diese Wohnungen ein Zwang zur Meldung für die Vermietung besteht. Die Vermittlung ist für Vermieter und Mieter nach wie vor vollständig unentgeltlich. Nach dem Bericht des Wohnungsnachweises macht sich ein Mangel an ein- und zweizimmrigen Wohnungen bemerkbar; hier übersteigt die Nachfrage das Angebot erheblich.

An dieser Notiz vermissen wir die Schlafstellenaufsicht, ob denn der Magistrat beabsichtigt, diesem Wohnungsmangel abzuwehren.

Kinderfürsorge in Schöneberg.

Die Kinderfürsorge der Stadt Schöneberg ist während des Krieges nicht nur in vollem Umfange aufrechterhalten worden, sondern hat in Mäßigkeit auf die durch den Krieg hervorgerufenen Bedürfnisse eine Erweiterung erfahren. Insbesondere wird die Anzahl der Kinder, welchen ein Erholungsurlaub gewährt wird, erhöht werden. Die Unterbringung der Kinder erfolgt nicht wie in Berlin durch einen Verein, sondern durch die Stadt selbst. Die Stadt Schöneberg besitzt je zwei Landferienkolonien für Knaben und Mädchen, in welchen Kinder von 10 Jahren ab Aufnahme finden. Außerdem steht die Kindererholungsstätte in Eichkamp zur Verfügung, in welcher die Anzahl der stationär aufgenommenen Pflanzlinge erheblich vermehrt ist. Das Kindererholungsheim in Soldbism auf Böge wurde bei Ausbruch des

Krieges geschlossen, ist jetzt aber wieder voll in Betrieb gesetzt. Besondere Berücksichtigung finden die erholungsbedürftigen Kinder der Kriegsteilnehmer.

Städtischer Schmalzverkauf.

Der Magistrat der Stadt Schöneberg macht bekannt, daß vom Sonnabend, den 5. Juni, ab, solange Vorrat reicht, der Verkauf von La Berliner BratenSchmalz in der Feuerstraße 4 in der Zeit von 10—1 und 4—7 Uhr stattfindet. Der Preis des Schmalzes beträgt 1,30 pro Pfund. Unter 1 Pfund und über 5 Pfund werden nicht abgegeben. Nur Schöneberger Einwohner können gegen Ausweis Schmalz beziehen.

Verkehrskalamitäten in Spandau.

Durch die großen Masseneinstellungen von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Spandauer Staatswerkstätten hat sich ein überaus starker Verkehr zwischen Berlin resp. den Vororten und Spandau entwickelt. Während es auch in den Hauptverkehrszeiten immerhin noch möglich ist, mit der Eisenbahn fortzukommen, so ist doch die Spandauer Straßenbahn nicht im entferntesten in der Lage, den Andrang zu bewältigen. Die Wagen werden dermaßen gesättigt, daß in der Regel die doppelte zulässige Zahl von Personen in den Wagen dichtgedrängt zusammensteht. Ein andere Verkehrshindernis bildet noch die alte Charlottenbrücke, über die der ganze Verkehr nach dem Hauptbahnhof führt. Will ein Schleppdampfer diese Brücke passieren, so muß dieselbe hochgezogen werden. Zu beiden Seiten türmt sich dann eine große Wagenburg auf. Die Arbeiter, die gerne ihren jahreslangen Jagd erreichen wollen, verlassen dann die Elektrische, klettern über die Brückenrampen, um nach dem Bahnhof zu gelangen. Jetzt ist nun noch zu allem Unglück die Brücke reparaturbedürftig geworden. Die eine Seite des Fahrdammes mußte gesperrt werden, so daß sich der starke Wagenverkehr nur auf einer Seite der schmalen Brücke abwickeln kann. Die Reparaturarbeiten werden aber nicht etwa nachts, sondern am Tage ausgeführt, und zwar von einem Zimmermann und zwei Schlosserlehrlingen.

Schließlich kann man doch auch vom Spandauer Magistrat verlangen, daß solche Verkehrskalamitäten so schnell wie möglich beseitigt werden.

Gerichtszeitung.

Hart bestraffter Alkoholgenuß.

Dem „Harburger Volksblatt“ entnehmen wir folgende Aburteilung vor Kriegsgerichten:

Der Postdomann der früher in Heidmühle liegenden dritten Kompanie, 7. Seewehrabteilung, Obermatrose B., wurde der Alkoholgenuß zum Verurteilt. Vor einiger Zeit, als B. sich bereits im Wesen vor dem Feinde befand, war der sonst sehr mäßig lebende Mensch durch die letzte Gelegenheit, geistige Getränke zu erhalten, verführt worden, bei einer Gelegenheit reichlich viel zu genießen. In dem angeheiterten Zustande machte er sich mehrere Vergehen gegen das Militärstrafgesetzbuch schuldig. Das Urteil lautete angesichts erschwerender Umstände auf lebenslängliche Freiheitsstrafe, wurde dann jedoch auf 10 Jahre ermäßigt.

Unsere Mahnung vor reichlichem Alkoholgenuß möchten wir aus diesem Anlaß wiederholen. Wir weisen darauf hin, daß auch die Kriegs-Sanitätsordnung auf demselben Standpunkt steht wie wir. Es heißt in Ziffer 416: „Der Alkohol wirkt zwar anfangs belebend, beim Genuße größerer Mengen aber bald erschöpfend. Die Erfahrung lehrt, daß enthaltene Soldaten den Kriegstruppen am besten widerstehen. Auch verführt Alkoholgenuß leicht zu Unmähigkeiten und zur Lockerei der Mannszucht. Alkoholische Getränke sind daher nur mit größter Vorsicht zu gewähren und auf dem Marsche ganz zu vermeiden. Bei Kälte Alkohol zur Erwärmung zu genießen ist gefährlich. Seine wärmende Wirkung ist trügerisch. Dem Beschränken des Alkoholgenußes ist von allen Dienststellen fortgesetzt die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Schadenspflicht des Bauherrn.

Ein Vadebesitzer in Sondernlingen ließ Ende Mai 1913 in seinem Schwefelbad den zu der elektrischen Starkstromleitung gehörigen Elektromotor nebst Schalttafel nach einem neu angebauten Kesselhaus verlegen. Der Gipsermeister L. hatte das Kesselhaus neu zu vergipfen. Am 4. Juni 1913 war L. damit beschäftigt, ein Messingrohr der Starkstromleitung zu vergipfen, wozu ihm der damals 18 Jahre alte Sohn des Besitzers S. den Auftrag erteilt hatte. Bei der Arbeit kam L. mit der nicht abgestellten Starkstromleitung in Berührung und erhielt einen so starken elektrischen Schlag, daß er alsbald starb. Seine Witwe erhält von der Württembergischen Baugewerksberufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Genossenschaft verlangt Ersatz der von ihr aufzuwendenden Rentenbeiträge von dem Vadebesitzer S. und seinem Sohn, weil diese durch ihr Verschulden den Tod des L. herbeigeführt haben sollen. Gleichzeitig klagt auch die Witwe L. gegen die beiden S. auf Ersatz des ihr durch den Tod ihres Mannes über die Unfallrente hinaus entstandenen Schadens.

Das Landgericht Tübingen das und Oberlandesgericht Stuttgart haben beide Klagen zum Schadenersatz an die Witwe L. und an die Berufsgenossenschaft verurteilt.

Das Reichsgericht hat die hiergegen von den Beklagten eingeleitete Revision zurückgewiesen und damit das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt. Zur Begründung bemerkte der höchste Gerichtshof kurz: Ohne Zweifel mußte die elektrische Starkstromanlage bei einer solchen Arbeit, wie sie von L. zu verrichten war, abgeschaltet werden. Die Verantwortung dafür trifft zunächst den beklagten Sohn S., der speziell den Auftrag zum Vergipfen an L. erteilt hatte und die Notwendigkeit der Abschaltung erkennen mußte. Verantwortlich ist aber auch der Vater S., und zwar schon aus § 223 A.G.B., weil er, der sich nicht völlig der Leitung der Umbauarbeiten entschlagen hatte, sich darum kümmern mußte, daß L. die Arbeit ohne Gefahr vornehmen konnte. Es kann deshalb dahingestellt bleiben, ob der beklagte Vater S. auch aus § 223 A.G.B. wegen Verletzung seiner Aufsichtspflicht haften würde. Die Beklagten mußten dafür sorgen, daß alles in Ordnung war, damit L. ungeschädigt die ihm aufgetragene Arbeit erledigen konnte. Dafür, daß auch dem L. selbst bei der Ausführung der Arbeit eine Fahrlässigkeit zur Last liege, ist kein Beweis erbracht. (Witzenscheit: VI. 53/14. — Urteil vom 31. Mai 1915.)

Aus aller Welt.

Der Soldat im Nonnengewand.

In der „Königlichen Volkszeitung“ lesen wir: „Im Dezember vorigen Jahres wurde in Roze von deutschen Soldaten unter einer Anzahl französischer Klosterfrauen, die sich von dort nach Reble begeben wollten, ein Soldat des zweiten französischen Kürassierregiments entdeckt, als Ordensfrau verkleidet. Die vom deutschen Feldgericht in Reble angestellte Untersuchung ergab: Der französische Kürassier war Ende August verwundet nach Kloster Roze gekommen. Nach der Verlegung des Ortes durch die Deutschen erlich der Kommandant einen Befehl, wonach alle männlichen Einwohner von Roze, insbesondere Angehörige feindlicher Truppenteile,

sich unberühliglich zu melden hätten. Der Befehl war auch an die Klosterfrau angeheftet worden und war dem Kürassier und dem Nonnen bekannt. Gleichwohl kam der Kürassier dem Befehl nicht nach. Als die Nonnen nach Reble gebracht wurden, legte der Kürassier auf Betreiben einer Klosterfrau deren Ordenskleid an, während sie selbst in Bekleid und gewöhnlicher Frauenkleidung als Aufwärterin mitging. Die Nonne, die Mitwäscherin war, beabsichtigte, den ungehorsamen Kürassier gegen den Kommandanturbefehl zu verheimlichen und vor der Gefangennahme zu bewahren. Auf Grund des Sachverhaltes hat das deutsche Feldgericht die beteiligten Klosterfrauen entsprechend dem Kriegsgegesetz zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt, wobei erschwerend ins Gewicht fiel, daß sie das ihnen seitens der deutschen Militärbehörde auf Grund ihres Standes entgegengebrachte besondere Vertrauen gräßlich getäuscht und mit dem Ordenskleid Mißbrauch getrieben hatten.“

Wie die „Kön. Volksztg.“ weiter erfahren haben will, hat der Kaiser auf Vorschlag der Militärbehörde den Verurteilten durch einen Gnadenakt die weitere Verbüßung der Strafe erlassen.

Die Münchener Weißwürste verboten!

Der stellvertretende kommandierende General des I. bayerischen Armeekorps in München hat, um einen unnötigen Verbrauch von Schweine- und Kalbfleisch hintanzuhalten, die Herstellung und den Verkauf von sogenannten „Schweinswürsteln“, Weiß-, Blut- und anderen Würsten, die Kalbfleisch enthalten, verboten. Gleichzeitig hat er den Wirten nahegelegt, den Mittag- und Abendstisch zu vereinfachen. Auswahlreiche Speisearten seien jetzt nicht weniger als zeitgemäß.

„Kreuzkraut, das is iagt aba g'nua,“ werden die braven Münchener nun wohl fluchen. Erst verteuert man ihnen den geistlichen Verlebensst, und nun will man ihnen gar noch ihre Leibspeise verbieten.

Auf der Flucht erschossen.

Ein deutscher Kriegsgefangener namens Friedrich Wilhelm Karl Schmidt wurde, nach einer Londoner Meldung der „Frankf. Ztg.“ bei einem Versuch, aus dem Gefangenenlager in Leigh zu flüchten, erschossen. Auch andere Gefangene hatten an diesem Fluchtversuch teilgenommen. Am Dienstag wurde Schmidt mit militärischen Ehren auf dem Friedhof in Leigh beigesetzt. Die Gefangenenkapelle spielte einen Trauermarsch und englische Soldaten feuerten eine Ehrensalve über die Gruf.

Ueber das Erdbeben in Süddeutschland liegen weitere Nachrichten nicht vor. Dagegen wird mitgeteilt, daß auch in Salzburg (Oesterreich) und Umgebung sowie in Zell am See, Taxenbach und Bad Fischl leichte Erdstöße verspürt wurden. Auch an verschiedenen Punkten der Schweiz hat zur selben Zeit ein Erdbeben stattgefunden, das aber keinerlei Schaden anrichtete.

Sitzungsstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Städt. Freitagabend 6 Uhr.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Beilage findet für Abonnenten Ende Juni, 3. IV. Folio, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefe ohne Merkzeichen nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeilage beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sperrstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sperrstunde mit.

- 7. R. 100. Wenden Sie sich an die Berliner Armenverwaltung mit der Bitte, Ihnen aus vorhandenen Wohltätigkeitsfonds zu helfen. — R. S. 100 und M. 21. 100. Wenden Sie sich an den Verband der Schneider, Sechelanstraße 37. — J. 2. 61. 1. Dagegen gibt es kein Radikalmittel. 2. Ist sicher und wird natürlich zurückgezahlt. — W. 2. 100. Rein.
- 8. R. 100. Wenn der Vater dazu in der Lage ist, kann er verpflichtet werden, für den Unterhalt der Tochter und deren Kind zu sorgen. — R. R. 2000. Unmännliche Behauptungen geringeren Grades, landsturm-pflichtig. — R. S. 100. Kriegsverwendungsfähig. — G. 6. 1. Das Dienstverhältnis ist dafür nicht zuständig; Sie müssen sich an den Bezirksvorsteher wenden. — 2. 50. Einseitige Unterleibsbrüche; dienstfähig. Geringe Abweichung der Wirbelsäule; dienstfähig. — S. 24. 100. Augenkrank; dienstuntauglich. — R. R. 11. Wenden Sie sich mit einem Unterstufungsantrag an die Steuerkasse. 3 Jahre. Das Gehalt braucht nur bis zum Tage der Einberufung gezahlt werden. — 2. 2. 51. Sie müssen den restlichen Nießbrauch zahlen. — S. S. 28. Die Steuerpflanzung wird von dieser Bestimmung nicht betroffen. — M. 8. 100. Sie können nicht ohne weiteres ziehen; Sie können nur auf Lösung des Vertrages klagen. — C. 5. Diese Forderungen kennen wir nicht. — S. J. 518. Im Falle des Fortzuges werden beide Kommunen die städtische Unterstützung verweigern. — S. 21. Ja. — P. 6. 88. Ja. — R. R. 44. Die Kasse ist nur zu den statutarischen Leistungen verpflichtet. — R. S. 1. Die Unterstützung wird nach dem Geheh nur gewährt, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Diese wird in dem Fall verneint werden. — R. S. 2. Das kommt auf die Entscheidung des Militärarztes an. — Hermann 30. 1. Sie sollen jährlich 11,25 M. Kommunalsteuer zahlen. 2. Wann der Jahrgang gemustert wird, wissen wir nicht. — S. S. 100. 1. Rentenbeibehaltung; landsturm-pflichtig. 2. Sie können ein solches Gehalt an das Generalkommando richten. 3. Das Gehalt hat nur irgendwelche Aussicht auf Erfolg, wenn Sie als Begünstigter Ihre Krankheit angeben. — S. 2. 20. Während der Militärzeit kann der Vater zur Alimentation nicht verpflichtet werden. — M. 6. 31. Der übliche Satz ist in diesem Falle 20 M. und für jeden Besuch 1 M. — C. 37. 1. Ja. 2. Gehalt täglich. 3. Ja. 4. Kann wegen Fahnenflucht bestraft werden. 5. Kann nicht bestraft werden. 6. Rein. — R. 18. Der Versicherungsbeitrag kann in diesem Falle gelöst werden; es bedarf dazu auch keiner Kündigung, wenn von Ihnen nicht bei der Unterfertigung der Vertragsurkunde die Erhöhung der Prämie übersehen worden ist. — P. 24. 6. 1. Wir werden versuchen, diesem Wirtshaus Abhilfe zu verschaffen. 2. Lungenerkrankung; dienstuntauglich. 3. Eine Waffengattung. 4. Ihre Anregung haben wir einem Reichstagsabgeordneten weiter gegeben. — W. 6. 100. 1. Geringe Formveränderung der Hüfte; dienstfähig. 2. Eine Eingliederung kann noch erfolgen. 3. Dienstuntauglich wegen Nervenkrankheit. 4. und 5. Vielleicht werden Sie sich mit diesen Anlagen besser an den Verband der Handlungsgesellen, Münzstraße 20. — S. R. 72. Unregelmäßige Form des sonst richtig gebauten Brustkorbes; dienstfähig. Eine Rekonstruktion erscheint wenig aussichtslos. — G. 6. 1885. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sie nochmals gemustert werden. Wenn Sie eine persönliche Stellungsbefreiung erhalten, müssen Sie der Folge leisten. Ihrer Genehmigung des Reichstags bedarf es zu der Nachmusterung der schon Ausgemusterten nicht. Sie sind wegen allgemeiner Körperschwäche und Unstimmigkeit für dienstuntauglich erklärt. Die Kriegsunterstützung muß der Frau nachgezahlt werden; sie müßte Beschwerde beim Kreisamt gegen den Magistrat erheben. — G. 3. 62. Natürlich ist die Kriegswitwenrente schon festgestellt. Die Frau muß unter Vorlegung der amtlichen Totenbescheinigung und ihrer Eheurkunde Antrag bei der Polizeibehörde stellen. — G. 2. 44. Sie sind wegen Lungenerkrankung wegen Leiden des Nervenorgans für dienstuntauglich befunden. Wahrscheinlich werden Sie nicht mehr eingezogen. Auf Grund dieser Ausmusterung können Sie doch die Stellung anstreben. — W. 2. 64. Sie müssen dem Meister oder dessen Vertreter Mitteilung machen, daß der Lehrvertrag zur Auflösung kommt. — T. 6. 20. Wegen Herzleiden dienstuntauglich. — G. 6. 13. Sie brauchen sich nicht zur Stammrolle melden. — R. 2. 52. Wesentliche Sitzungen des Rausens, durch Mangel oder Fehlen der Raumerfüllung bedingt. — R. 2. Rein. — S. 2. 5. Die Unterstützung wird Ihnen verweigert werden, da nach Ihren Angaben die nach dem Geheh vorgeschriebene Bedürftigkeit nicht vorliegt. — 2. 100. Die Beiträge zur Invalidenversicherung werden nicht zurückgezahlt; Sie erhalten aber für das Kind die Waisenrente. Wenden Sie sich mit den Quittungsbüchern Ihres Mannes an das Bezirksamt Berlin, Klosterstraße 65/67. — S. M. 81. Die kommunale und die Kreisunterstützung kann in Wegfall kommen. Staatliche Unterstützung muß dagegen beim Umzug gezahlt werden. — R. 2. Rein. — R. R. 22. Rein. — Karl. Erkundigen Sie sich auf der Steuerkasse, da die Mitteilung der Berlin jedenfalls unrichtig ist. — R. 2. 100. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — P. 21. 1876. Ja. — Thora 16. Nachzahlung wird kaum erfolgen. Ob die Unterstützung erhalten werden, richtet sich nach Ihrem Einkommen. —